

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Gehalt wöchentlich am Samstag.
Preis pro Seite vierfachlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

für den Inhalt verantwortlich: Paul Hermann
Schriftleitung und Verstandesleiter: Stuttgart, Ritterstraße 18 b II
Vertreter: Mr. 8800. — Postcheckkonto Stuttgart 8808.

Anzeigengebühren
für die schriftgepantete Koloniezeitung 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Milliardendynastien — Der Klöckner-Konzern

Da die Muttergesellschaft des Klöcknerkonzerns firmiert: Lothringen Hütten- und Bergwerksverein in Raucel. Dieser Name deutet schon darauf hin, daß der Konzern um Peter Klöckner seinen hauptsächlichsten Besitz in Lothringen hatte. Nachdem auch diesem genüchten Montanunternehmen die Grundlage zu weiteren Expansionen im lothringischen Minettegebiet entzogen war, mußte auch hier der Drang zur Konzentration im Innern Deutschlands seine Auswirkung finden.

Der Lothringen-Hüttenverein Aumetz-Friede, die ursprüngliche Muttergesellschaft, wurde 1897 mit dem Sitz in Brüssel als reines Hochofenwerk mit 8 Mill. Franc errichtet. Thomasstahl- und Walzwerke, ausgangs der 90er Jahre erbaut, vervollständigten das Werk. Im Jahre 1900 schaute der Lothringen-Hüttenverein in Westfalen durch Aufkauf der Kohlenzeche General zu. Nach mehrmaligen finanziellen Transaktionen erfolgte im Jahre 1903 im Wege des Aktienaustausches der Erwerb der Finscher Hütten-A.-G. in Kneutingen. Diese Gesellschaft, auch ein Hochofenwerk, war ebenfalls durch belgisches Kapital gegründet worden. Beihin Ausbeutung von Erzlagern im Bagen von Bries wurde von Aumetz-Friede die französische Aktiengesellschaft Société des Mines de Murville gegründet. Die Beteiligung von Aumetz-Friede betrug 80% des Aktienkapitals. Mit dem Aufkauf der Gewerkschaft Victor in Raucel 1910 wurde der westfälische Besitz verbreitert. Größere Kapitalsteigerungen im Jahre 1912 brachten die Mittel zur Errichtung des Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie und des Fassoneisen-Walzwerks Mannstaedt & Co., A.-G. in Köln-Süd. Mannstaedt hatte kurz vorher eine Verschmelzung mit der Sieg-Rheinischen Hütten-A.-G. durchgeführt.

Im Kriege (1917) wurde auch der Lothringen-Hüttenverein von ausländischem Kapital "gereinigt", der Name der Firma in "Lothringen-Hütten- und Bergwerksverein A.-G." umgedeutet und der Sitz der Gesellschaft von Brüssel nach Raucel in Westfalen verlegt. Nach Kriegsende verfielen die Besitzungen in Lothringen und dem Erzbistum Bries der französischen Befreiung und wurden der Gesellschaft endgültig entzogen. Damit verlor sie wertvolle, moderne eingerichtete Fabrikantlagen.

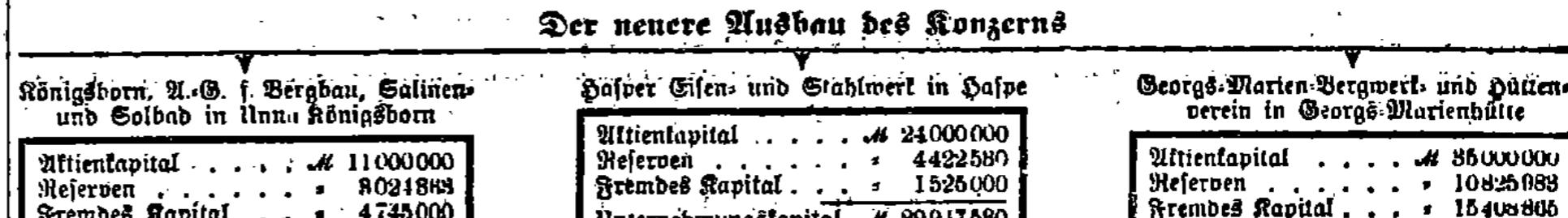
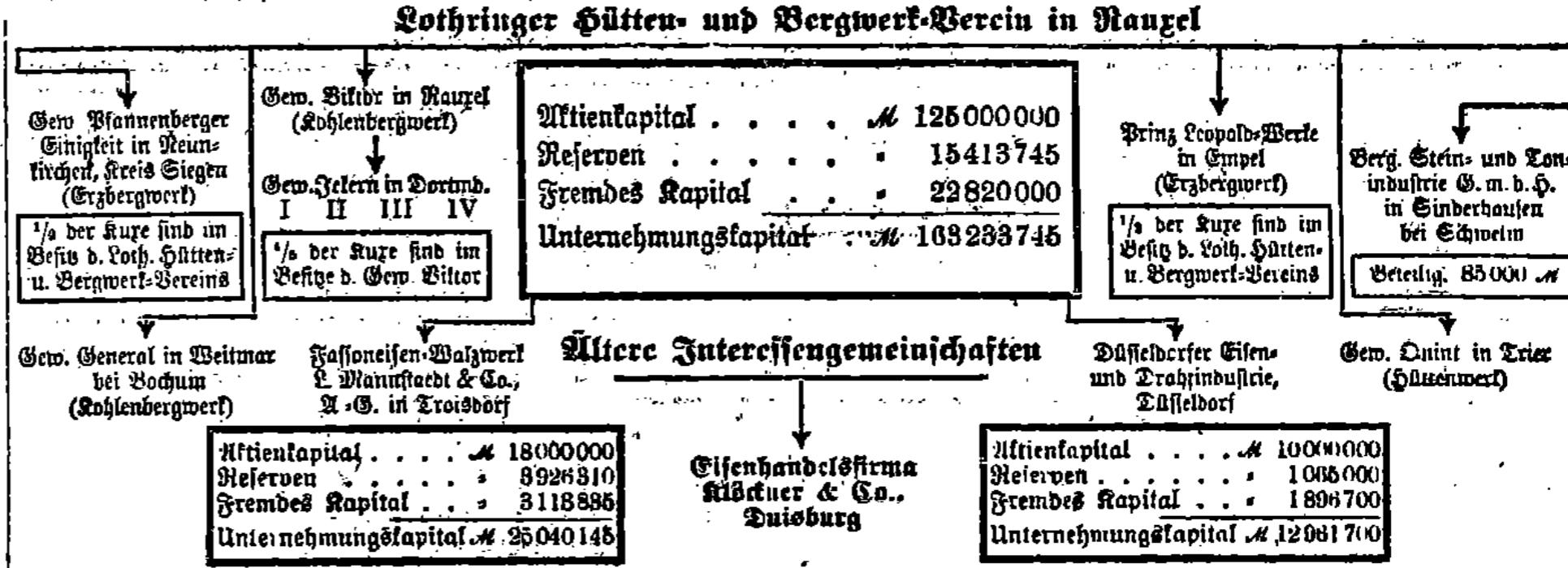
Die Eisenbasis des Konzerns war durch den Verlust der lothringischen Werke sehr schmal geworden und fand nur noch seine Stütze in der Düsseldorfer Eisen- und Drahtindustrie, den Mannstaedtwerken und der im Kriege erworbenen Gewerkschaft Quint in Trier. Zunächst wurden diese Werke durch Zusätze und Gemeisterungsbauten verstärkt. Der Versuch, die Geisweider Eisenwerke durch Aktienaufkäufe zu erobern, gelang nicht, weil der Thyssenkonzern schon einen erheblichen Anteil an diesen Werken im Besitz hatte. Der Streit zwischen beiden Konzernen wurde geschlichtet durch die Vereinbarung einer gemeinsamen Bewirtschaftung der Geisweider Eisenwerke auf 30 Jahre. Überhaupt kam man viele gemeinsame Verhandlungspunkte zwischen Thyssen und Klöckner festzustellen. Persönlich siegen sie darin, daß beide treue Söhne der katholischen Kirche sind. Man musste auch von einem regen Interesse der Kurie an beiden Unternehmungen. Thyssen soll auch am Kreisfelder Stahlwerk nicht unerheblich beteiligt sein. Doch blieb auch mit den Geisweider Eisenwerken die Gründungsrelativ gering. Man mußte umschau halten. Ein wertvolles Objekt zur Angliederung bot sich in dem Gasper Eisen- und Stahlwerk. Nachdem diese Operative durchgeführt, erfolgte eine Interessengemeinschaft auf 24 Jahre mit dem Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenverein A.-G. Osnabrück. Die Beteiligung an der Maschinenbauanstalt Humboldt in Köln bietet ein wertvolles Absatzgebiet in Roh- und Halbfabrikaten.

Die Kohlenbasis des Klöcknerkonzerns wurde erweitert durch einen 24 Jahre berechnete Interessengemeinschaft mit der Königlich-Preußischen Maschinenbauanstalt Humboldt in Berlin. Nach der Fusionation wird der Klöcknerkonzern über eine Beteiligungsschicht beim Kohlenhändler einschließlich Selbstverbrauch von 514100 Tonnen verfügen. An dieser Stelle wird die Bedeutung dieses Konzerns am besten illustriert.

Die nebenstehende Tabelle, im statistischen Büro unseres Verbandes zusammengestellt, erläutert den Konzern in allen seinen Einzelheiten. Herr Klöckner erwähnte sich in der Generalversammlung gegen die Beschuldigung solcher Konzerne als Industrie-Herzogtümmer, indem er ausführte: "Wer hier von Herzogtümern spricht, beweist Weltfremdheit und völlige Unkenntnis der rheinisch-westfälischen Wirtschaft." Aber magum denn so feinfühlend gegenüber einer vollständig zutreffenden Steinzeichnung? Doch er weiß selbst, welche Bedeutung solchen Konzernen innermohnt. Nachdem auf die Kreise in Amerika und England hingewiesen war, bemerkte er: "Diese Besserer werden wir nur überwinden, wenn die Werke unzusammenhängen, von der Kohle bis zum Rohöl und elektrischen Motor und zur feinsten Maschine und bis zu den höchsten Stahlqualitäten alles selbst erzeugen, um in den Betrieben die wirtschaftlichen Höchstleistungen zu erreichen."

Eine genaue Übersicht, in welcher Weise diese riesenhafte Konzentration des Klöcknerkonzerns von den Mitteln der Allgemeinheit, der Entschädigung des Reichs für die liquidierten Betriebe in Lothringen, vorgenommen wurde, war nicht zu erhalten. Zuverlässige Schätzungen besitzen die Summe aus 250 Millionen Mark. Die Gesamtsumme der von Klöckner kontrollierten Unternehmungen einschließlich der losen Interessen beträgt nach unserer Berechnung eine Milliarde 273 Milliarden 229969 Mark.

Möge auch diese Arbeit hinausgehen unter die Lohnslaven der Metallindustrie und ihnen die Erkenntnis in den Schädel hämmern, daß nur eine gleichlose Gewerkschaft in der Lage ist, solche fanalitische Überlegenheit auszugleichen. Arbeiter des Klöcknerkonzerns, sorgt für restlosen Zusammenwachs aller Arbeiter im Deutschen Metallarbeiter-Verband!



Der neuere Ausbau des Konzerns

Königshorn, A.-G. f. Bergbau, Salinen- und Solbad in Linn Königshorn	Hasper Eisen- und Stahlwerk in Haspe	Georgs-Marien-Bergwerk- und Hüttenverein in Georgs-Marienbüttel	
Aktienkapital	M 11000000	Aktienkapital	M 3500000
Reserven	8021863	Reserven	10825083
Fremdes Kapital	4745000	Fremdes Kapital	1540886
Unternehmungskapital	M 18769163	Unternehmungskapital	M 6124848

Steinkohlenzeche Königshorn	Kohlenbergwerke: Gewerksch. Freiherr v. Stein am Piesberg	Georgs-Marien-Bergwerk- und Hüttenverein in Georgs-Marienbüttel
Eisensteinfelder Königshorn	Zeche Werne I, II, III	
Hammer Brunnen in Werries bei Hamm	Zeche Schausberg	
Salzwerksgesellschaft: Königsborn	Zeche Werne bei Ibbenbüren	
	Friedrich Wilhelm bei Ibbenbüren	
	Hellweg bei Eslohe	
	Zeche I	
Sol- und Thermalbad Königshorn	Hochöfenwerk in Georgs-Marienbüttel	
Kohlenfeld Mühlhausen II	Stahl- und Walzwerk in Georgs-Marienbüttel	
Bergwerk Bramen I, III, IV, V, VI, VII, IX, XI	Stahl- und Drahtwerk Osnabrück	
Zeche Sprockhövel	Draht- und Drahtseilwerke am Piesberg	
	Brauneisensteingruben bei Arlesberg in Thüringen	
	Brauneisensteingruben "Hügel" bei Osnabrück	
	Gießenbahnen: Georgs-Marienbüttel - Hasbergen	
	Hirschberg - Waldbüch	
	Werne - Ermelinghof	
	Piesberg - Rheihe	

Beteiligungen

Maschinenbauanstalt Humboldt in Köln-Kalk	Gesweißer Eisenwerke A.-G. vom J. H. Dressler sen. in Griswold	A.-G. Meliburger Hütte vorm. Joh. Mering, Bögel & Co. in Iffezheim	Krefelder Stahlwerk, A.-G. in Krefeld-Gierscheid
Aktienkapital	M 15000000	Aktienkapital	M 4500000
Reserven	6961216	Reserven	3302048
Fremdes Kapital	20930465	Fremdes Kapital	2615000
Unternehmungskapital	M 72691791	Unternehmungskapital	M 10320048

Gut große Plantage bei Rall	Eisensteinkonzession Lellingen
Österreich. Maschinenbauanstalt Humboldt G.m.b.H. in Wien	Beteiligung M 110000
Vereinigung M 100000	
Ungarische Maschinenbauanstalt Humboldt, A.-G. in Budapest	
Vereinigung M 100000	
Gesellschaft für den Bau von Müll- und Schlackenverwertungsanlagen, A.-G.	
Aktienkapital M 8000000	
Sudo, Müllverbrennungsplant G.m.b.H.	
Schmelz- und Hüttenwerk Oberschlema	
Lose Interessen Klöckners d. Reichen v. Ruffenstein u. Aussichtsratsposten n. Beteiligung an folg. Unternehmungen:	

Gründung	Kapital in M.	Gründung	Kapital in M.	Gründung	Kapital in M.
Grundkreditbank, A.-G., Duisburg	1182250	Hegelsteiner Fabrik, A.-G.	14147680	Reichsbankvereinigung, A.-G., Berlin	1225000
Bergwerks-Gesellschaft Hermann, Köln	→	Wichmannfabrik Grevenbroich	2850000	Rhein. Stahlwerk vorm. Oppen und Wilsener Eisenhütte, Köln	30739300
Distler-Gesellschaft, Berlin	45901040	Städtebau-Verband	—	Bergischer Gruben- und Hüttenverein	—
A.-Schaffhauser Bankverein, Köln	198782022	Alten. Dynamitfabrik, A.-G., Köln	178699	Steinkohlenbauverein Goedes Segen, Siegen	—
Bergmann, West. Werk, A.-G., Berlin	178651790	Agfa-Vertrieb, Elsen	—	Rheinisch-Westfälisches Kohlenquartier, Elsen	—
Deutsche Gesellschaft zur Verbesserung von Güterzügen, Köln	—	Schneiders Eisenwerk Müller & Co., A.-G.	2877000		
Gasmotorenfabrik Köln-Duis.	34716900	Stahlwerke-Gesellschaft, A.-G., Duisburg	—		

Unternehmungskapital des Konzerns	M 31187331
Feste Beteiligungs- und Kontrollskapital	104224686
Lose Interessen durch Beseizung von Aussichtsratsposten und Beteiligungen	857817952
Gesamtinteressen des Klöckner-Konzerns einschließlich Kontrollskapital und lose Interessen	M 1273229969
Die Entschädigung des Reichs an den Lothringischen Hütten- und Bergwerk-Verein für die an die Exrente abgetretenen französischen und lothringischen Besitzungen wird geschätzt auf	M 250000000

Zum Verbandstag

Der Ausbau der Metallarbeiter-Zeitung.

Unter den Anträgen zum Verbandstag befindet sich ein Antrag, der die Umgestaltung unserer Zeitung zum Ziel hat. Es ist wichtig geworden durch das gewaltige Wachstum unseres Verbandes sowie die im Laufe der Zeit entstandenen Differenzen mit den örtlichen Abteilungen und Blättern.

Unser Verband verfügt über 720 Verwaltungstellen, 18 Bezirksverwaltungen und die Hauptverwaltung in Stuttgart. Selbstverständlich tritt oft in diesen Verwaltungen die Notwendigkeit ein, Abteilungen und Verantwortlichkeiten im Verbundesorgan zu erläutern. Handelt es sich um Mitteilungen an Funktionäre, so können sie durch Blätter herausgegeben, sind die Mitteilungen für alle Kollegen bestimmt, so ist die Metallarbeiter-Zeitung der gegebene Platz. Die Papierknappheit hat es unbedingt gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung aufrechtzuerhalten, wenn es nicht regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden mussten. Der so bringt notwendige Versammlungsbericht und die Gedenkfeierliche Sitzungen unter diesen Verhältnissen ganz weg. Für kleine Verwaltungsstellen, denen die Mittel zu Tageszeitungsausgaben mangeln oder in deren Bereich keine verbreitete sozialistische Zeitung zur Verfügung stand, war dies ein fühlbarer Mangel. Die Belegschaften sonnten fast gar nicht berücksichtigt werden, da der vorhandene geringe Raum in einer Linie vorstand für Publikationen eingeschränkt werden musste.

Um dem Mißstand abzuholzen, sind verschiedene Verwaltungsstellen dazu übergegangen, periodisch erscheinende Mitteilungsblätter herauszugeben. Einmal bedeutet es für die Verwaltungen eine ungeheure finanzielle Belastung, sind doch mittlere Verwaltungsstellen vorhanden, die monatlich dafür über 6000 Mark ausbringen müssen, zum anderen bilden derartige Blätter eine Gefahr für die Einigkeit und Geschlossenheit der Zentralorganisation. Die Praxis hat Beweise erbracht, dass in diesen örtlichen Mitteilungsblättern Angriffe gegen Vorstand und die Schriftleitung der R.-Z. erfolgten, ohne dass die Möglichkeit einer Widerlegung bestand. Antrachten in der Metallarbeiter-Zeitung waren von denjenigen Kollegen, die die Angreife in dem Mitteilungsblatt nicht lesen konnten, da sie nicht in den Besitz eines solchen kamen, nicht verstanden worden. Demgegenüber musste die Antwort unerträglich. Die in dem betreffenden Ort befindlichen Kollegen nehmen aber die Anschuldigungen als wahr hin, da sie ja nicht widerlegt wurden. Für die Dauer ein unhalbbarer Zustand, der in den gegenwärtigen Organisationsarbeiten gefährlich werden kann. Wohl sind Mitteilungsblätter vorhanden, die sich强在 their Charakter bewahren und sich auf die gesetzlichen Bekanntmachungen beziehen. Wenn die Kollegen ihre Wünsche in der R.-Z. erfüllt sehen, werden sie auf diese Mitteilungsblätter verzichten.

Die Umgestaltung der Zeitung ist nun beantragt worden, für bestimmte Bezirke oder Wirtschaftsgebiete — die endgültige Abgrenzung wird sich aus der Praxis ergeben — immer eine Seite in der Zeitung zu reservieren. Eine vierteilige Metallarbeiter-Zeitung würde dann so aussehen, dass die 1., 2. und 4. Seite für ganz Deutschland mit gleichem Text gefüllt ist, während die 3. Seite in jedem der vorbereiteten Gebiete mit anderem Text versehen ist. Wir müssen zugeben, dass so manche Zuschrift mit einem örtlichen oder bezirksspezifischen Interesse hat. Was interessieren den Berliner Kollegen besondere Berufs-, Tarif- und Arbeitserträgen der Güter- und Rohstoffindustrie, die im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und in Oberschlesien unbedingt den Kollegen zur Kenntnis gebracht werden müssen? Was schert sich der Bayer, Kurhessenberger und Badener um Bordtarife, Schiffstempern und Nietlöcher, Stellrollen, neue Schiffstypen und -bauten, er wünscht über seine Schauf, Masch- und Exportwaren-Industrie informiert zu werden. Nach Umgestaltung der Zeitung können diese Wünsche erfüllt werden. Auf dem gleichen Zeitungsraum, wo der Kollege von der Westfälischen seine Fragen der Elektro-, Werkzeugmaschinen- und Automobilindustrie, den örtlichen Verhältnissen entsprechend bearbeitet, lesen können, ebenso der rheinisch-westfälische wie der Südbayerische und alle Kollegen der übrigen vorgeschlagenen Bezirke das, was ihn besonders interessiert. Das gleiche trifft auf die Versammlungsberichte zu. Zur gegenwärtigen Information der Verwaltungsstellen im Bezirk sind sie notwendig, bestehen aber über den Bezirk hinaus fast immer das Interesse. Auch der Versammlungsanzeiger und die Tatschriften kann wieder veröffentlicht werden.

Besondere Berufs- und Branchenlagen der Fabriken, die über das ganze Reich verteilt sind, sowie Kaufmannschaft, die allgemeines Interesse haben, finden selbstverständlich im allgemeinen Teil der Zeitung nach wie vor Aufnahme.

Durch diese Anordnung wird es möglich werden, einen bedeutenden Teil der Aufgaben an die Metallarbeiter-Zeitung zu übertragen, ohne dass ein großer Papierverbrauch eintritt. Die Mitarbeit an der Zeitung wird reicher und die Zeitung kann wieder als Publikationsorgan in Anspruch genommen werden.

Die technischen Möglichkeiten für die Übertragung sind im Betrieb bei Zeitung vorhanden. In Redaktion, Druckerei und Expedition wird es zweifellos ein Weit von Arbeit geben, aber in Abwehr der Erfahrungen, die in den verschiedenen Dienstverrichtungen gemacht werden, und des gezielten Interesses für unsere Zeitung wird dieses Weit sehr gering erscheinen. Nach einer kurzen Versperre, in der es nicht ganz ohne Ecken und Ränder abgehen wird, kann sich die Sache ein und unsere Zeitung wird eine der gewaltigen Größe unserer Organisation entsprechende Entwicklung feiern, an der die Kollegen rege Mitarbeiten, die den geforderten Maßnahmen genügen und allen Kollegen gerecht wird.

Schnellhäuser

Von A. Hermann, Leipzig.

Der sich mit der technischen Seite des Schnellhauses nur einigermaßen vertraut gemacht hat, wird wissen, dass im gesamten Maschinenraum die Raumausnutzungsmöglichkeit nach ihrer Größe unterschiedlich sehr wichtig sind. Die Schnellhäuser, mit den die beengtenen wie besengten Teile, Stube, Schreinerei usw. ihre Verhältnisse ausfüllen, findet ihre Raumausnutzung in der Ausdehnung des einzelnen Raumes. Ganz besondere Raumausnutzung verdient die Raumausnutzung über im Bau und Betrieb der Reiter, komplizierte der Gas- und Dampfmaschinen. Zu der Beurteilung hat die bisherige Entwicklung der Technik manche verhältnisse, ebenso vornehmlich wie interessante Zeiten geschaffen.

Spanisch sei darum erinnert, dass die Kraft der Stromlinien und die hohe Leistung der Stromlinien mit jedem gewaltigen Raumausnutzungsergebnis sehr eng verbunden ist. Nur wenn man durch ein solches Schnellhaus über ein solches Ergebnis verfügen kann, kann die Raumausnutzung der Schnellhäuser sehr gut sein. Der wichtigste Faktor ist die Ausdehnung der Steuerstellen und Kommandanten. Beurteilung der technologischen Seite, diese Raumausnutzung praktisch anstrebt, sondern dass überhaupt große Raumausnutzungsergebnisse nur gewaltsam erzielt werden. Dann einzige und eben nur gegebene Zeitung kann ein frei und durchgängiges ur-Gebäude erfordern. Einzelne mittlere Dampfmaschinenräume zur Betriebsausstattung der Schnellhäuser werden nun auf jüngste Zeitungen und verhindert der ungewöhnlich kleine Schnellhäuser seine Sicherheit, die ihm in der Regel der Schnellhäuser mit großen aufgestellten Maschinen absolut erfordert.

Da jedoch die Räume in der dielectricischen technischen Rumpf spielt immer Räume, gilt es, bis zu einer und zweiten Stunde einer wichtigen Maschine und richtig geformten abgestoßenen. Dies trifft auch auf die Beurteilung des jüngsten Hauses zu, und auch diesen Zweck kann es nicht mit dem Gebiet der technologischen Rumpf erfüllen. Sicherlich kann es nur heraustragen, das bei den technologischen Rumpf mit großen aufgestellten Maschinen absolut erfordert.

Ist eine Reform der Verwaltungsarbeit in den Gewerkschaften notwendig und praktisch möglich?

Es ist wohl in Kreisgruppen aller Gewerkschaften die Frage gestellt worden, ob die Verwaltungsarbeit nicht einfacher, billiger und schöner in den Gewerkschaften erledigt werden kann. Bei jeder Gewerkschaft steht man andere Mitgliedsbücher, Statuten, Abrechnungsformulare, Übertritts- und Unternehmungsbestimmungen und jeder Hauptverein und jede Ortsverwaltung macht natürlich darüber, das alles genau beachtet wird. Gelange der jetzige Zustand der 50 bis 60 verschiedenenartigen Bestimmungen leicht, ist das ja für jeden Einzelnen auch notwendig, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall war. Die ungeheure Papierversteuerung wird es für die Zukunft ausschließen, die Zeitung regelmäßig erscheinen zu lassen. Diese Raumbeschränkung brachte es mit sich, dass drei Viertel der Aufsätze an die Zeitung übertragen werden müssen, den Beamten und auch ehrenamtlich Tätigen aber macht dies ungeheure Arbeit und den Verwaltung viel Kosten, die zweitens erhöht werden müssten. Bei der ungeheuren Fleißigkeit und dem großen Bedarf in diesen Verwaltungen mit hoher Mitgliederzahl erregt der jetzige Zustand auch viel Verdruß und Unzufriedenheit, die es unmöglich gemacht, die Zeitung in dem Umfang wieder herauszugeben, wie es vor dem Krieg der Fall

Vom Arbeitsergebnis der Aktionäre*

100 Prozent Gewinn verteilt die Maschinenbauanstalt vom Betrieb in Halle. Es wird beantragt, für das abgelaufene Geschäftsjahr 25 v. H. (12 v. H.) zur Ausschüttung zu bringen und das bisher aus 2,8 Millionen Mark Stamm- und Vorzugsaktien begehende Grundkapital auf 5,8 Millionen Mark Stammaktien zu erhöhen. Die jungen Aktien, die für das Geschäftsjahr 1921/22 voll dividendenberechtigt sind, sollen den alten Aktionären im Verhältnis von 1:1 zu 100,5 angeboten werden. 75 v. H. der zu leistenden Anzahlungen sollen aber auf die jungen Aktien aus den Anträgen der Gesellschaft beglichen werden.

Mit „nur“ 120 Prozent soll das Kapital der Aktionäre der Firma W. Busch, Lüdenscheid, für das Geschäftsjahr 1920 vorläufig werden und zwar in Gestalt von 20 Prozent Dividende und einer Gratisaktie. Die Kapitalerhöhung um 3,8 Millionen Mark wird so vorgenommen, daß auf je eine alte neue Aktien entfallen, zu einem Nettobetrag von 135 Prozent, mit Dividendenberechtigung vom 1. Mai 1921. Da der Börsenkurs der Busch-Aktien zurzeit 315 beträgt, ergibt sich noch einmal ein glänzender Gewinn. Eine kleine Ausrechnung: Ein Aktienerwerb mit einem Vater von einer Million Aktien kostet für zwei Millionen neue Aktien. Er muß dafür 2.700.000 M bezahlen, abzüglich 1.000.000 M, die er vor der Gesellschaft als Ertragsgewinn erhält, bleibt 1.700.000 M. Er würde, wenn er seine drei Millionen Aktien an der Börse veräußerte, dafür 24,45 Millionen Mark erhalten und außerdem 20 Prozent Dividende. Sehn Sie, das ist ein Geschäft!

Die Essener Steinkohlenbergwerke verteilen auf das verdreifachte Aktienkapital 12 Prozent Dividende. Die ungeheure Summe von 75 Millionen Mark wurde vor Ausschüttung des Gewinn- und Verlustkontos als „öffentliche Lasten“ abgezogen. Das mag in diesem Konto alles stecken! Die gesetzliche Reserve erhöht sich von 2,5 auf 38,3 Millionen. Die riesigen Anlagen werden nur mit 32,4 Millionen bemessen, obwohl sie einen Milliardenwert darstellen. Ein neu errichtetes Wertberichtigungskonto von 9 Millionen dient ebenfalls zur Aufweichung dieser Reserven.

Die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken stellen einen jener Betriebe dar, die von ausgezeichnetem Recht zeihen. Wieder werden 30 Prozent Dividende verteilt. Der Leitung dieses Betriebes ist von ihren Arbeitern vorgewiesen worden, daß von ihr bewußt Sabotage betrieben wird, da sie nicht genügend dafür sorge, die ausgedehnten Betriebe auf Friedensarbeit umzustellen. In der Tat hätten viele Arbeitslose Beschäftigung gefunden, wenn bei einem solchen kapitalstarken Unternehmen energisch und zielbewußt gearbeitet worden wäre. Die Generaldirektion antwortet im Geschäftsbereich auf die öffentlichen Proteste mit folgender gewundener Erklärung, die aber die Behauptungen der Arbeiter vollauf bestätigt: „In den bisherigen Friedensartikeln habe sich das Geschäft befriedigend entwidelt, wobei man sich von unzweckmäßigen Erweiterungen und getätigten Experimenten mit Mühe freigestellt.“ Auf die allgemeine Wirtschaftslage ferner hält. Die Umstellung des größeren Teiles der Kriegsmaterialfabriken auf Friedensarbeit sei sowohl technisch möglich, fortgeführt. Mit der weiteren Prüfung der eventuellen Einstellung auf neue Betriebszweige bleibe man beschäftigt. Über die völlige Ueberführung aller ausgebauten Werkstätten in Betriebe für Friedensware sei aus technischen Gründen in absehbarer Zeit ausgeschlossen. Ein Teil der aus Kriegsnotwendigkeiten geflossenen Fabrikhallen wurde auf eine Reihe von Jahren verpachtet. Warum soll man produzieren, wenn genügend Kapital sie die Aktionäre zur Verfolgung steht? Die gesamten Vorräte werden nur mit 11 Millionen bewertet, „mit üblicher Weise“, sagt die Direktion. Diese „übliche Weise“ wurde auch bei den Gründstücken und Gebäuden angewendet, denn sie erscheinen in der Bilanz nur mit 13,81 Millionen. Wer die Riesenanslagen in Berlin und Karlsruhe kennt, kann ermessen, welch gewaltige Kapitalsummen hier verborgen werden. Die gesamten Maschinen- und Einrichtungen stehen mit einer Mark zu Buch. Hier, Herr Reichsminister, ist noch was zu holen, greifen Sie auf! Sollen Sie vor allem die Zahlungen für Kriegsgeräte an beratig parasitärenhaften Gesellschaften ein, denn zum Wohle der Volkswirtschaft wird das Geld nicht verwendet.

Alsfelder Hütte und Peiner Walzwerk. Die Gesellschaft, an der das Recht mit Aktienbesitz beteiligt ist, weist für 1920 eine überraschende Erhöhung des Überschusses der Alsfelder Hütte auf 29,04 (1. B. 15,53) Millionen Mark und des Peiner Walzwerks auf 3,67 Millionen (22,650) Mark aus. Die Abschreibungen werden auf 6,86 (4,23) Millionen und 1 Million sowie 3 Millionen Erneuerungsreserve (1 Million) erhöht. Die Dividende steigt auf 50 Prozent (40 Prozent) und 5 Prozent (—) für die neu geschaffenen Vorzugsaktien der Alsfelder Hütte und 13 Prozent (0) für die Peiner Walzwerke. Im März dieses Jahres wurde das Steinkohlenbergwerk Friedrich der Große in der Weise erworben, daß die Gesellschaft die Krise der Gewerkschaften gelaufen hat. Die Zusage ist in der Lage, den Bedarf der Alsfelder Hütte an Kohle und Kreiselschläge auf viele Jahrzehnte zu bedenken.

Oberschlesische Rostocker und Chemische Fabriken, A.-G. Die Generalversammlung setzte die Dividende auf wieder 17 v. H. auf 40 (1. B. 21,5) Millionen Mark Aktienkapital sowie die Sondervergütung auf 13 v. H. (0) fest. Wie der Vorsitzende bemerkte, könne der Abschluß als recht gut bezeichnet werden. Jedenfalls habe das Unternehmen einen so guten Abschluß noch nie aufzuweisen gehabt und, wie er leider hinzufügen müsse, werde es auch sobald nicht wieder einen solchen aufzuweisen haben.

Chemische A.-G. für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb. Der Ge-

* Mußte wiederholt wegen Raumangabe zurückgestellt werden. Siehe Nummer 24 der Metallarbeiter-Zeitung.

übereinander geschichteter Dampfzylinder. Jede Reihe enthält drei Stück und durch diese führt inmitten einer gemeinsame vertikale Kolbenstange, auf der in den einzelnen Zylindern je ein Kolben befestigt ist. Der Dampf wirkt da wie bei anderen Maschinen wechselseitig auf beide Flächen des Kolbens. Er steht nach dem Dreifach-Verbund-Prinzip in jeder Reihe von einem Zylinder zum anderen. Deshalb ist beidermal der oberste Dampfzylinder schmal, der mittlere etwas weiter, der unterste am breitesten. Der Frischdampf beginnt seinen Zug mit der Reißseilspannung im oberen Zylinder, tritt dann mit möglichem Druck in den mittleren und mit schwächerem in den unteren zur letzten Ausdehnung. Die gemeinsame Kolbenstange endigt unten in einem Kettensatz, der mithin in zweifacher Anordnung existiert und je auf eine Kurbel treibt.

Die geschicktere Bauweise, die beide Maschinensysteme charakterisiert, ist freilich ein Moment, das die Wartung erschwert, weil die Zugänglichkeit bei Reparaturen schlechter ist. Der Unterteil mit den geschlossenen Rückkammern bietet aber die Möglichkeit, dort eine Dichtung zu halten, in die das umlaufende Neuwelager jedesmal beim Niedergehen einzuleiten und sich stets von selbst schmieren. Gerade bei schnelllaufenden Maschinen ist das ein wertvoller Vorteil. Neben die sonstigen Betriebsmerkmale dieser Schnellräder waren früher, soweit sie in Deutschland vereinzelt eingang fanden, die Meinungen etwas geteilt, weil ihr Dampfverbrauch höher als der der sonstigen sein sollte. Nun sagt man, daß man in den Heliomotoren jener Konstruktion wegen des gewaltigen Rotorübersetzung weniger auf Sparsamkeit zu setzen braucht. Wie überall, so werden heute jedoch auch da die Grundzüge der Wirtschaftlichkeit geachtet, die überall den modernen Maschinenbau beeindrucken.

Die Verwendung von Aluminium und Kupfer

Ein bürgerlich in Deutschland weilender Vertreter der National-Alloys Company (Vereinigte Staaten) äußerte sich nach der „Industrie- und Handelszeitung“ über die Verwendung von Aluminium in Deutschland: „Ich könnte hier leider keine neuen Verwendungsmöglichkeiten für Aluminium, wie sie Amerika von Tag zu Tag erfinden läßt, nennen.“

Der Jahresbericht führt zu dem Dividendenvorschlag von 20 v. H. (0) aus, daß der Bruttogewinn von 4,73 auf 17,27 Millionen Mark gestiegen ist, wobei die Generalaufosten (1. B. 2,05 Millionen Mark) diesmal vorweg in Umlauf gebracht wurden. Abschreibungen wurden auf 6 (1,5) Millionen Mark bemessen, außerdem Nullstellungen von 395.580 (0) M vorgenommen. An Stelle des vorjährigen Verlustes von 20.419 M tritt diesmal ein Überschuss von 10.290.782 M, von dem der Verlustvortrag des Vorjahrs bereits abgezogen ist.

Die Schiffsverwertung Leddenborg, Bremerhaven-Greifswalde, blieb auf ein glänzendes Jahr zurück. Neben 25 Prozent Dividende wurden 3 Millionen Gratiskästen verteilt, macht zusammen 50 Prozent Aktionärsgewinn. Der Reichsbauhof zum Wiederaufbau der Handelsstädte wird die Profitquelle der Schiffsverwertung weiter erzielbar am Sprudeln halten.

Die gleichen Aktienbesitzer der Dampfseefabrik Wismar, Braunschweig, können nicht weniger als 65 Prozent Dividende einstreichen.

Bei den Münzwerken, Berlin, stellt sich die Ausschüttung an Dividende und Bonus auf das verdoppelte Aktienkapital auf 30 (12,5) Prozent. Neben 3 Millionen Abschreibungen wurden 3 Millionen zu einem Werterhaltungskonto verpaßt. In den Handlungskonten stehen 2 Millionen „zur Sicherung von Pensionen unserer Werksangehörigen“. Was werden die Arbeiter wohl davon zu leben bekommen? Der „Lohn“ der Aussichtsratsmitglieder wurde vierzigacht.

Die Börsenwerte der Schiffsverwertung Greifswalde, Hannover, konnten einen Rohölbeschluß von 13,7 (7,9) Millionen verzeichnen. Von dem Nettoeinnahmen, der 7,4 Millionen betrug, wurden 3 Millionen als Aufbau- und Werterhaltungskontrolle verwandt. Die Stammaktionäre müssten sich mit 40 Prozent Dividende und Bonus begnügen.

140 Prozent Gesamtausschüttung erhalten die Aktionäre der Hamburger Eisen- und Bronzewerke. Nachdem die Unfälle verhindert und sämtliche mobile Anlagefaktoren auf eine Mark Buchwert abgeschrieben wurden, verbleibt ein Bruttoeinnahmen von 6,7 (1,8) Millionen. Davon erhalten die Aktionäre 16 Prozent Dividende, 200 M Kriegsanleihe und eine Gratisaktie. In dem Geschäftsbereich heißt es: „Unser Prinzip, sieht in vorstichtiger Weise zu disponieren, die Abschreibungen seit Jahren, namentlich in besonders guten Jahren, reichlich zu bemessen, unsere Rohmaterialien vorstichtig einzubilden und zu bewerten, hat bei eintretender Hochkonjunktur gute Erfolge gezeigt. Dies in Verbindung mit der äußersten Anspannung aller Arbeitskräfte, dem erzielten großen Umsatz und die dadurch sich ergebende relative Beschränkung der Generalaufosten hat uns in die Lage versetzt, unseren Herren Aktionären ein besonders gutes Ergebnis vorlegen zu können.“ Was sagen die Arbeiter der Hamburger Eisenwerke zu solchem Phrasismus?

Was ist ein Bergezugshypothek? Dass es neben den vielen Syndikaten auch ein „Bergezungsyndikat“ gibt, dürfte vielen als ganz neu erscheinen. Aussärfung über dieses Geheimnis gibt der Geschäftsbereich des Berlin-Burger Eisenwerks A.-G. Diese Gesellschaft zählt früher zu den armen Ludern, denn sie verlor von 1914/15 bis 1918/19 nur 1915/16 und 1918/19 je 6 v. H. Dividende und arbeitete die übrigen Jahre buchstäblich los. Zu Anfang des vom Bericht erfaßten Geschäftsjahrs, Oktober 1919, hatte das Berlin-Burger Eisenwerk 2 Millionen Aktienkapital. Dies wurde anfangs 1920 auf 5 Millionen und im September 1920 auf 25 Millionen Mark erhöht. Auf die 5 Millionen „alte“ Aktien wurden 20 v. H. und auf die sogenannten „jungen“ 10 v. H. Dividende verteilt. Bezeichnend ist hierbei, daß die 20 Millionen Aktienkapital mit Dividenden bedacht wurden, obwohl sie im Geschäftsjahr gar nicht in der Umlauf standen, sondern erst im Jahre 1921 in das Handelsregister eingetragen wurden. Nach gründlicher Bilanzierung betrug der Bruttogewinn 15,8 Millionen (3,0 Mill.). Die Abschreibungen wurden auf 5,5 Mill. bemessen und 1 Mill. auf ein Werterhaltungskonto gebucht, also die Abschreibungen waren nun 1 1/2 Millionen höher als das gesamte Aktienkapital. Große Betriebsschwierigkeiten jetzt mit 1 Mart zu Buch. Charakteristisch sind die Abhebungen auf die Konten Werterhaltungskonto und Effektivkonto, die jetzt auf 0,67, bzw. 0,54 Millionen abgeschrieben sind. So geringe Beträge auf Konten, die den Grundstock zu umfangreichen Beteiligungen an Tochtergesellschaften und anderen Unternehmungen bilden. Im Bereich der Berlin-Burger Eisenwerke heißt es u. a.: „daß die B.-B.-E.-A.-G. als führende Firma des Bergezungsyndikats Berlin hervorragend an der Bergezung von Artilleriemunition beteiligt war und daher in Seiten größter Materialknappheit über umfangreiche Bestände an Eisen und Metallen verfügte. Dadurch sei sie ständiger Lieferant der größten Rüstungswerke Deutschlands in Schrot und Altmetallen geworden. Dieser Tatsache sei durch Anslegung eines großen Schrotplatzes in Burg bei Magdeburg auch für die Aufunft Rechnung getragen. Zusammen mit einer führenden Sprungstofffirma, der Dynamit A.-G. vorm. Alfred Nobel & Co., Hamburg (die inzwischen ausgeschieden), erworb die B.-B.-E.-A.-G. weiter von der französischen Rheinarmee in Mainz die gesamten Bestände an deutscher Artilleriemunition im von den Franzosen besetzten deutschen Gebiet. Sie kaufte auch die dort freiwerdenden französischen Artilleriemunitionsbestände. Diese Munition wird im Artilleriehebelschleiferbach in einer eigens eingerichteten, ausgedehnten Anlage zerlegt. Neben dem Schrotthandel liegt der neu aufgenommene Handel in Neusilber und Salzbefreiung. Außerdem bereit zum Ergebnis bei. Beteiligungen bestehen: in Danzig an der Herm. Kramer & Co., Roum.-Ges., in München an der Walter. Eisenhandelsgesellschaft, Schmer & Co., Roum.-Ges. und in Chemnitz an der Sachs. Eisenhandelsgesellschaft Schaal & Co., Roum.-Ges. In Düsseldorf und Mainz seien neue Handelsabteilungen errichtet. Der Erwerb der A. Georg Bierling & Co., A.-G. in Mügeln bei Dresden (Spielwaren, Blechdosen usw.);

für Deutschland ist dies um so verwunderlicher, als es während des Krieges doch vom Kupfermarkt abgeschlossen war und mehr auf das im Lande selbst hergestellte, teils aus der Schweiz erreichbare Aluminium angewiesen war... Ich mußte einen bedeutenden Vorschlag der Ausschüttung auf 10 v. H. Kupfer erlassen. Gleichzeitig steht dieser Aluminiumstandort über dem bisher verankerten Westinghouse. Außerordentlich interessant ist auch, daß Personen wagen zu tun, ganz aus Aluminium gegossen, verwendet werden. Daß die nordamerikanische Automobilindustrie in Industrie viel Aluminium verwendet, ist bekannt. Außer den Motorgehäßen werden schnell bewegliche Teile, wie Pleuelstangen, Kolben usw., in Aluminium geprägt. Vor nicht allzu langer Zeit soll Ford verfügt haben, in Deutschland einen Auftrag von monatlich 600 in einem Stück gegossene Motorhüllen unterzubringen, was ihm aber nicht gelungen sein dürfte. Aluminium kann in den meisten Fällen gleichwertig an Stelle des Kupfers gesetzt werden.

Unter allen Aluminium erzeugenden Ländern ist die amerikanische Erzeugung am meisten angewachsen. 1914 erzeugten die Vereinigten Staaten 28.500 Tonnen Schwefel, während für 1919 die Schätzungen zwischen 90 und 110.000 Tonnen schwanken. In Amerika zu verzeichnen und Amerika tritt in großem Maße als Räuber in Europa auf. Weiter hat die Aluminum Company of America sehr großzügige Projekte zu gigantischen Weltausbau der nordamerikanischen Aluminiumindustrie geschaffen.

Wenn Amerika, der Hauptkupferproduzent der Erde, dazu übergegangen ist, dies Metall in solchem Maße durch Aluminium zu ersetzen, überhaupt Aluminium in der Industrie zu verwenden, wenn man ferner bedenkt, daß Deutschland wieder große Mengen Kupfer zu hohen Preisen einführt, während es im Inland einen vollkommen Erfolg selbst herstellen kann, wird man sich der Ansicht nicht verschließen, daß es für uns neben praktischer auch von volkswirtschaftlicher Bedeutung wäre, wenn die verschiedenen deutschen Industriezweige die von Amerika gewiesenen Bahnen beschreiten und dazu übergehen würden, teures Auslandskupfer durch deutsches Aluminium zu ersetzen und Aluminium mehr zu verwenden als bisher.

Kapital früher 700.000 M, jetzt 5 Mill. Mark ist bekannt. An einer Bremenburger Gesellschaft, die sich mit Werksverwaltungserbeiten für Nordfrankreich beschäftigt, wurde durch Übernahme eines kleinen Betriebsbeteiligung gewonnen. Sie in Burg erworbenen Beteiligungsfabrik S. Stora wurde als Kommanditgesellschaft weitergeführt. Das Bremenburger Stora betreibt keinen technischen Ausbau fort; es bringt keine Früchte zu tragen. Dort hofft man mit der Reparatur vor Staatsbahnschäden auch für die nächsten Jahre gute Beschäftigung zu haben, ausgetüftelt mit angemessenem Nutzen.

In Zeiten der großen Materialknappheit an Eisen und Metallen ist es einer Firma möglich, die größten Buchergewinne herauszuholen auf Grund der Überschreitungen an Gefühen und Minuten. Damum mußte die Regierung das „Bergezungsyndikat“ in die Hände von profitüsteren Privatfirmen legen. Damum in aller Welt werden solche Geschäfte nicht durch die Regierung erlebt. Eine wunderbare Wirtschaft: ein banalerroter Staat überträgt die wenigen, in seinen Händen befindlichen Realwerke an Einzelpersonen, damit diese kleinenprofiten einheimische und umfangreiche Expansionen vornehmen.

Bauchisch

Ein Blühpunkt in die Bremberger Schloßindustrie.

Aus Bremberg (Rheinland) wird uns geschrieben:

Es war schon längst kein Geheimnis mehr, daß unsere Bremberger Fabrikanten während der Kasse im Jahre 1919/20 ungeheure Summen verdient haben, aber an solche Summen, wie sie in der Schloßindustrie vorkommen, hat die Regierung bislang nichts verhandelt. Am Ende 1919 wurde in den Zeitungen über zu hohe Preise der Bremberger Fabrikanten für ihre Produkte geklagt und Beschwerden gingen auch beim Reichsgerichtsamt ein. Dieses sah sich veranlaßt, einen Beamten nach Bremen zur Firma Damm & Ludwig zu schicken, um ihre Preisabschätzung nachzuprüfen. Der Beamte hat noch nicht ganz zwei Tage zu dieser Arbeit gebraucht. Das Resultat von der Firma freundlich und zuvorsichtig aufgenommen wurde, ist selbstverständlich. Der Vertreter der Firma (Prokurist Müller) war so überzeugend und erstaunlich, die Firma zu bestimmen, welche Wertschätzungen er gehabt hätte und verschrieb ihm, wenn er wieder in seine frühere Beschäftigung (Bankwesen) zurückkehren wollte, dabei behilflich zu sein. Er stände mit sehr großen Banken in Verbindung. Daß der Beamte mit seiner Arbeit fertig war, zeigte der Prokurist Müller demselben das Musterzimmer und fragte: „Bitte zeigen Sie auch Ihre Reisepläne?“ Auf den erstaunten Blick und die Antwort: „Natürlich, beim Reichswirtschaftsamt“ erwiderte Müller: „Genießen Sie sich nun nicht, die Steuerbeamten tun dieses auch!“ Müller erklärte im weiteren Gespräch: „Auf eine kleine Umsatzprovision kommt es uns nicht an.“

Diese ganze Begebenheit erzählte der Beamte einem Kollegen in Berlin. Derselbe machte Mitteilung an das Reichswirtschaftsministerium und dieses stellte Strafantrag wegen Beamtenbestechung. Zur Verhandlung vor dem bremischen Schöffengericht am 1. Juni 1921 sagte der Beamte unter Eid aus, daß die Firma Damm & Ludwig innerhalb 9 Monaten einen Reinüberschuss von 60 Millionen Mark erzielt habe. Ein Inventarverzeichnis habe man ihm nicht vorgelegt und nach roher Schätzung wäre ein solches von 20 Millionen vorhanden oder darüber. Der Prokurist Müller wurde wegen versuchter Beamtenbestechung zu 5000 M. Geldstrafe verurteilt.

Auf Grund dieses Prozesses müssen wir uns mit der Firma Damm & Ludwig etwas näher befassen. Ende März dieses Jahres ging die Firma dazu über und kündigte eine große Anzahl von Arbeitern, länger Zeit war die Arbeitszeit auf wöchentlich 24 Stunden gestreckt. Wir haben uns mit der Firma in Verbindung gesetzt und verucht, die Kündigungen und Arbeitsstreckung zu unterlassen. Die Firma erklärte, daß sie kein Betriebskapital mehr habe und auch keinen zu bekommen wünsche. Gudem seien die Vorerfolge unter das Dach voll. Aber, verehrte Firma, sind denn schon die 60 Millionen verbraucht? Wo sind dieselben geblieben? Es ist doch einschneidend festgestellt, daß Sie täglich an jedem Arbeiter, ganz gleich ob jugendlich, weiblich, Facharbeiter oder Hilfsarbeiter, 166 M. während der neuen Monate verdient haben, und zum Dank, daß Ihnen die Arbeiter in der guten Konjunktur ungeheure Summen durch ihre Hände Arbeit verrichtet haben, schmeikt man dieselben bei schlechter Konjunktur einfach auf die Straße.

Durch dieses Beispiel muß auch dem dummiesten Arbeiter klar werden, daß die kapitalistische Produktionsweise nicht in der Lage ist, den gerechten Forderungen der Arbeiterschaft nachzukommen, und es muß das Bestreben aller Arbeiter sein, so schnell wie möglich dafür Sorge zu tragen, daß eine Umgestaltung der Gesellschaftsordnung herbeigeführt wird.

Dem bürgerlichen Staate, den vorgesetzten Behörden und Instanzen rufen wir zu, dem Geheimer der Drogen der menschlichen Gesellschaft nicht allzu viel Gehör zu schenken und dafür Sorge zu tragen, daß auch die Arbeiter behandelt werden, und zu bedenken, daß sie ein viel größeres Recht zum Leben haben wie jene Drogen. Nicht daß es zulässig ist wie jetzt, daß Tausende gerne arbeiten möchten, aber weil der Verdienst der Kapitalisten nach ihrer Ansicht zu gering ist, einfach die Betriebe stilllegen oder aufzugeben lassen. Die Rot, Grün, Sorgen und Qualen der Arbeiterschaft sind ausschließlich gestiegen, noch ist es Zeit, den Forderungen der Arbeiterschaft Beachtung zu tragen. Wir erheben unsere warnende Stimme, wenn die Regierung dieselbe nicht hören will, dann mag sie auch alle Folgen auf sich nehmen und tragen.

Für Deutschland ist dies um so verwunderlicher, als es während des Krieges doch vom Kupfermarkt abgeschlossen war und mehr auf das im Lande selbst hergestellte, teils aus der Schweiz erreichbare Aluminium angewiesen war... Ich mußte einen bedeutenden Vorschlag der Ausschüttung auf 10 v. H. Kupfer erlassen. Gleichzeitig steht dieser Aluminiumstandort über dem bisher verankerten Westinghouse. Außerordentlich interessant ist auch, daß Personen wagen zu tun, ganz aus Aluminium gegossen, verwendet werden. Daß die nordamerikanische Automobilindustrie in Industrie viel Aluminium verwendet, ist bekannt. Außer den Motorgehäßen werden schnell bewegliche Teile, wie Pleuelstangen, Kolben usw., in Aluminium geprägt. Vor nicht allzu langer Zeit soll Ford verfügt haben, in Deutschland einen Auftrag von monatlich 600 in einem Stück gegossene Motorhüllen unterzubringen, was ihm aber nicht gelungen sein dürfte. Aluminium kann in den meisten Fällen gleichwertig an Stelle des Kupfers gesetzt werden.

Unter allen Aluminium erzeugenden Ländern ist die amerikanische Erzeugung am meisten angewachsen. 1914 erzeugten die Verein

Der Großerer Gottes als Retter

Bon Victor Stein (Wien)

Glücks in Öesterreich.

Trotz selner unleugbaren Armseligkeit übt Deutschösterreich noch verschiedenen Richtungen hin eine gewisse Anziehungskraft aus. Der Imperialismus der europäischen Kapitalistenklasse hat augenblicklich noch nicht die notwendige Muhe oder — auf der andern Seite — die Möglichkeit, eine bestimmte Kolonialpolitik zu treiben. Er beschränkt sich daher auf die Eroberung der europäischen Märkte. Dabei kommt ihm die traurige Lage der Volkswirtschaft und der Zustand des sozialen Lebens sehr zu Statten. Denn so hat er ein Rüntelchen gefunden, das vielleicht doch einem Teile des Proletariats und der übrigen Öffentlichkeit eine „richtigere Meinung“ vom Kapitalismus bringt. Er tritt als Heiler, als Retter auf. Er bringt nur „Linderung der Not“, „Milderung der brüdenben Sorgen“; er schafft den vergewisselnden Proleten Arbeitsgelegenheit. Wer wollte daher den „neuen“ Kapitalismus nicht loben? Wer bräuchte gar erst den Mut auf, ihn zu bekämpfen? Besonders bei uns in Österreich, wo der Zusammenbruch viel tiefere und schier unreparabile Verwüstungen am Wirtschaftsleben verursacht hat, als anderswo. So gewaltig, so teuflisch-raffiniert, so gefährlich all das ist, was die Grundlage der werdenden Wirtschaftsorganisation Europas, der „Friedensvertrag“, dieses Dokument kapitalistischen Sadismus, an Deutschland begangen hat, so kann man doch nicht leugnen, daß darin Methode liegt. Sie wurde während des Krieges vom höchsten englischen Gerichtshof dargelegt, als er einer anfragenden Firma die Nichtanerkenntung eingegangener Verpflichtungen mit den Worten empfahl, daß durch die Erfüllung der Pflichten die Wirkungen des Krieges, der ja die Schädigung der feindlichen Wirtschaft anstrebe, abgeschwächt würden. Diese eigentlich mehr ironische, als schändliche Absicht, die über sieht, daß sie das eigene Interesse bedroht, ist im Friedensvertrag, ist in den Sanctionen, ist in den Maßnahmen der französischen Kapitalisten das treibende Moment. Der Konkurrent will dem Gegner das Leben sauer machen. Meinluktur des Kapitalismus!

Über bei Österreich? Da hat man rücksichtslos Unternehmungen, deren Betriebe in verschiedenen Gebieten der alten Monarchie gelegen waren, auseinandergerissen, hat man Betriebsstoff vom Betrieb, Rohstoff von Brennstoff getrennt und damit jede Produktion lähmgelegt. Es soll allerdings nicht verschwiegen werden, daß der österreichische Unternehmer bei weitem nicht die geistige Regsamkeit seines deutschen Kollegen auf bringt, daß der österreichische Unternehmer vor allem bei der Überleitung der Kriegswirtschaft zur Friedensproduktion fast durchaus ver sagt; dabei beruft er sich mit Vorliebe auf die äußeren Schwierigkeiten. Soviel Naivität, soviel Arbeitsunlust überrascht jeden Beobachter der kapitalistischen Welt. Bei der österreichischen Kapitalistendässle bewahrtet sich der erste Teil der Charakteristik des Kapitalismus, die Karl Marx gibt: „Kapital flieht Tumult und Streit und ist ängstlicher Natur.“ Diese geistige Verfassung des österreichischen Unternehmertums steigert die Ungehörigkeiten des „Friedensvertrages“, dieser drolligsten und am wenigsten intelligenten politisch-diplomatischen Arbeit der letzten Jahrzehnte, noch um ein beträchtliches. Sie ist es aber auch, die den Erbauer, welche als Helfer bei uns einziehen wollen, Elir und Tod öffnet. In der angeführten Charakteristik des Kapitalismus heißt es bekanntlich weiter: „10 Prozent sicher und man kann es überall — also auch in Österreich — entwenden, 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent und es ergießt kein Verbrechen, das es nicht rüttelt, selbst auf die Gesetze des Galgens.“ Wir haben diesen weiteren Teil der Charakteristik hergeholt, um ein ihr eiken Anhaltspunkt zur Beobachtung der österreichischen Dinge zu haben.

Gelt dem Zusammenbruch würden wir von Betteln überschwemmt. Man nennt diese Tätigkeit in der Welt draußen Überstromung. Wir lernen daraus, daß der Kapitalismus bei uns einigen Profil willkt; nicht doch 10 Prozent, denn das könnte die Lebhaftigkeit nicht erhalten, auch 20 Prozent nicht. Bei den heutigen, allerdings ganz abnormalen Verhältnissen werden bei uns 25 und mehrprozentige Dividenden gezahlt. Wir sind unter den Industrieanbfern dasjenige mit den niedrigsten Löhnen, also der — den hohen Rohstoffpreisen, die bei uns gezahlt werden müssen, zum Trotz — billigsten Produktion. Fremde Galute, investiert in österreichischen Unternehmungen, kann überaus reiche Gewinne erzielen. So seien wir die letzten Reste der altdösterreichenischen Textilindustrie in Händen Schweizer Kapitalisten, so seien in der berühmten Krupp'schen Stahl- und Schuhwarenfabrik französische Kapitalisten; um die obersteirische Schuhwarenindustrie, welche die radikalisten Teile unserer Kollegenfamilie beschäftigt, bewerben sich amerikanische, japanische, italienische und andere Kapitalisten. Und unser größtes Unternehmen, die Österreichische Alpina Montan Gesellschaft wurde von der Simmsgruppe erobert, nein, wird von Herrn Simms „gereicht“.

Dieses Ereignis hat nicht bloß bei uns, sondern auch im Ausland bestätigtes Aufsehen erregt, hat aber auch das Interesse unserer größten Industrieunternehmen zugeführt. Es wird daher kaum als unbedeutsam angesehen werden, wenn wir berichtet einiges über die „Alpine“ — wie sie bei uns kurz heißt — gesagt wird und wenn dann weiter einige Befragungen über die Bildung und Bedeutung besuchter Einnahmen gezeigt werden.

Die Österreichisch-Alpine Konkurrengesellschaft ist mit einem Blutpledge auf der Barge auf die Welt gekommen. Eugen Rottlouger, der französisch-Österreichische Finanzberater, der ursprünglich ein höherer Eisenbahnbauamtsrat im Dienste der französischen Affiliären gehörigen österreichischen Südbahn (Brenner-Sommering-Graz-Triest) war, hat sie im Verlaufe seiner mit Rotwildbühnen Gelde betriebenen, später mit fünfjährigem Gefangenismus bekräftigten Spekulationen gegründet. Das heißt, er gab den Anstoß zur Vereinigung einer Reihe kleiner und mittlerer Unternehmungen des Berg- und Hüttentriebs sowie der Stahl- und Eisenindustrie. Die Gesellschaft wurde zunächst, und zwar entscheidende Veränderung mit, bis sie schließlich die Gestalt von heute eingenommen hat. Heute besteht die Gesellschaft aus den Höhenvorarlbergen (bei Lech, dem Ende der österreichischen Alpenalpen), Zellberg, Rimbach, Reutberg und Eisenberg, sämtlich in Steiermark gelegen, weiter aus den Schiebenbergen (mit Formathöhe) im Grazerbogen, St. Leonhard, Eisenberg und Mönichberg und schließlich aus Eisenbergsteinberg, dem eigentlichen Hauptort der gesamten Unternehmung, auf dem steirischen (Eisenberg) und dem Karawanken (Johannesberg) Erzberg. Eine finanzielle Unterfütterung hat im Jahre 1880 ergeben, daß der damals einzige aktivierte Erzreichtum aus dem Erzberg über 2000 Millionen Steinmeister betrage. Nun bei wodurch ja kein gefügteres Produktivität kommt man eine Erzförderung in absehbaren Zeiten nicht zu befürchten. Die Erzgewinnung es handelt sich hier um Oberbergarbeit, wird seit mehreren Jahren elektrisch betrieben. Die Bergleute, die dabei beschäftigt waren, empfanden unbedeutenden Arbeitsplatzangst, wovon wir schon einen Grund der jüngsten Störte des Alpines ausgezeichnet haben; diese andersartigen Schäden verließen Österreich in der ersten Frühjahr über die Bergelternabfertigung ihre Tücher und wollen jetzt bei der steirischen Bergwerksgruppe keine einzige noch vorhanden sein, weil ihre Fortsetzung, die sie für sicher hielten, ja längst fortgegangen ist, was keinen aber nur fachlich

Die Gesellschaft, die kost ein Aktienkapital von 100 Millionen Kronen, mitgezählt in 500 000 Stück zu einem Nominalwert von 200 Kronen (auf der Titelseite werden sie heute nur ein Viertelpreis genannt erhalten), besteht, seit vor einer Stunde dem Gründungstag gefeiert, die Versammlung des Corps und die Entwicklung des Societätsverbandes möglichst nahe dem Ergebnisse dargestellt. Zur Eröffnung wurden zwei Reden gehalten; der erste wurde 1899 begeistert und bewundert es 1912 auf eine fröhliche Feierlichkeitsfeierung von 5000 Besuchern erhob. Der zweite, nach bekannter Art, wurde freudig vor dem Corps, gegen Ende 1913, fortgesetzt. Das Gesetz über die Zusammensetzung und Funktionen, einschließlich der bestehenden Gruppen, steht einem anderen, im Jahre 1912 festgestellten, mit einer möglichen Veränderungswürdigkeit von 400 Mitgliedern, unter einer älteren Gruppe, der ursprünglich nur als Soziale in Betracht kommen kann. Ein neuerer Gesetz ist im Entwurf, in Südtirol. Zur Veränderung, um politischen Abstand des Freiheitszettels, fehlt noch ein mit Galgenbüchle eingetragener Gesetz, wie denn früher der ganze Societätsverband der Alten und Freiheitlichen

eingerichtet war. Mit dem Übergang zur Roßverwendung hat die Gesellschaft ihren Waldbestand unter günstigen Bedingungen verkaust. Der Erzberg ist mit der Hütte Donawitz, aber auch mit dem Ofen in Hieflau durch eine Bahn verbunden, die eine wegen der landschaftlichen Schönheiten hervorragende Sehenswürdigkeit unseres Landes ist, zum Teil auf Kosten der Alpine erbaut wurde, jetzt aber dem Personen- und Güterverkehr zwischen dem Enns- und dem Murtale dient.

In Donawerk gibt es weiter 16 Martinösen, dann ein Walzwerk und die dazu gehörigen Nebenbetriebe. In Feltweg ist ein Blechwalzwerk, in Hindberg ein Walzwerk, ebenso in Neuberg, wo auch eine neue Federnfabrik errichtet wurde. In den fünf Hüttenwerken und den Bergbaubetrieben sind zusammen etwa 19.000 Arbeiter beschäftigt. Sie sind geschlossen im Österreichischen Metallarbeiterverband oder im Verbund der Bergarbeiter organisiert. Von irgend welchen Gegenorganisationen ist auch nicht eine Spur vorhanden. Der Betriebsabsolutismus, der gerade bei der Alpine Montangesellschaft früher in höchster Blüte stand und jede organisatorische Regung niedergeschlagen hat — unser Steuerekretär, Kollege Tulle, selbst ein ehemaliger Hüttenarbeiter, hat sich seit Jahren auf das eifrigste bemüht, die Arbeiter der Alpine für die Organisation zu gewinnen, ohne daß es ihm bis zum Zusammenbruch vergönnt gewesen wäre, größere Erfolge zu erreichen —, der Betriebsabsolutismus ist gebrochen und alle Versuche einer Wiederaufstellung des alten Regimes scheitern und werden auch künftig am Widerstand der Arbeiter zu schanden verbergen. Die Lohnverhältnisse der Arbeiter sind durch einen Hütten- und einen Bergarbeiterkongreß geregelt. Die Alpine ist nicht Mitglied der Unternehmerorganisation und setzt alles daran, um auch nicht dem Vertrag der anderen Industrien unterstellt zu werden. Sie wehrt alle auf die Vereinheitlichung des Vertrages gerichteten Versuche mit der Begründung ab, daß die Alpine Urproduzentin sei und als solche besondere Rücksichten auf die Allgemeinheit bei der Preisbestimmung haben müsse. Schon daraus ersieht man, daß die Böhne der Alpine-

Arbeiter niedriger als die der Arbeiterschaft bei der Vertragsgemeinschaft des Steiermärkischen Stahlwerksverbundes, der Organisation der Eisen- und Stahlindustrie, sind. Das führt zu schmerzlichen Situationen. So gibt es in Vordernberg an einer Straße zwei Hüttenwerke; links zahlt die Firma Böhler einen Mindestfundenlohn (ohne Zugaben) von 25 Kr., rechts die Alpine nur 12 bis 15 Kr. Das Gemeinschaftseinkommen differiert um 12 bis 14 Kronen, eine Differenz, die gewöhnlich sehr groß ist. Die Bergarbeiter sind aus gewissen Gründen — der Staat drängte zur Hebung der Kohlenproduktion mit Kriegsausbruch auf bessere Behandlung der Kohlenarbeiter — etwas besser daran. Interessant ist, daß für die Bergarbeiter ein einheitlicher Vertrag gemeinsam mit anderen Grubenbesitzern abgeschlossen wird, weil die Alpine wegen ihrer Größe die übrigen majoritierten, also die Löhne herabdrücken kann. Es drängt sich förmlich der Gedanke auf, daß Hütten- und Bergarbeiter, wenn vielleicht auch nicht gemeinsam, so doch gleichzeitig, gleichfristig und gleichartig abgestimmt folgen sollten. Die Arbeiter sind nicht abgeneigt.

Die Lohnlampfe sind bei der Alpine immer außerordentlich unzählig und schwer. Sowohl der Generaldirektor wie sein Sekretär die Hüttendirektoren sind in ihrer Machtvollkommenheit sehr einengt, die Generaldirektion in Wien ist die einzige beruhende Instanz für endgültigen Regelung aller Arbeiterfragen — sind Männer von geprägtem Machtbewußtsein. Müßlich wurde ein Lohnlampf Bergarbeiter nach mehrwöchigem Streit beendet und die Hüttenarbeiter stehen in Verhandlungen über den zu erneuernden Vertrag, bloß eine provisorische Regelung für den Monat Mai erfolgt ist. Widerstand gegen die Lohnforderungen ist eigentlich nicht ganz ständisch. Richtig ist, daß die Alpine keine Kriegsgewinne einzunehmen konnte, aber nicht weniger richtig ist, daß sie im Frieden Österreichs Volkswirtschaft große Gewinne gezogen hat. Mit zweiten Großunternehmen, der Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, steht bloß persönlich eng verbunden — Herr Wilhelm Sturzaneck, Gewaltige in der „Prager Eisen“, war bis zur Thronbesteigung des Herrn Hugo Sinn als Präsident des Verwaltungsrates —, und sich die Alpine aus dem Bestand des Eisenkonzerns und aus dem Schutzzoll für Eisen eine Monopolstellung von unerhöhlicher Ertragssicherheit geschaffen. Und die letzte Bilanz weist einen — also zuverdiensten — Steingewinn von 25 Prozent (so hoch ist die Dividende) aus. Von 1885 bis 1888 und von 1892 bis 1894 gingen die Aktienkurse leicht auf, aber seit dem Zusammenschrumpf bezogen sie 20 Jahre, einmal 50 Kr. Dividende. Allerdings hatten die Aktien bei Kriegsbruch einen Sturz von 857 Kr., heute aber von etwa 7000 Kr. Es darf hier auch in der gut kapitalisierten, also in solchen Fällen gewiß nicht voreingenommenen „Neuen Freien Presse“, daß wirklich die Steingewinne höher als 50 Prozent des Aktienkapitals seien. (Schluß folgt.)

Ein abgewehrter Angriff

Den Befreiungen der Unternehmer in aller älteren Ländern
gelingt, versuchen auch die Kapitalisten in der Tschechos-
lowakei, ihr Erfolgen ins Lande zu bringen, die Wirtschafts-
e auszunützen und die Arbeiterschaft wieder in die alten Höriegen-
schäfte zurückzutreiben. Wie haben erst vor kurzem Gelegenheit
gehabt, über den großen Kampf der Metallarbeiter Nordböhmens
berichtet, in dem 15 000 unserer Freunde durch die brutale Unter-
werkskultur auf die Straße gestellt wurden, weil sie sich einem
Angriff nicht fügen wollten. Die Unternehmer haben damals er-
klärt müssen, daß die Arbeiterschaft nicht gefeuert ist, sich ihrer
heiligen Städte beraubt zu lassen.

Die Lehre schien aber für den Proger Metallindustriellenverband
gegenüber zu haben. Unsere Brüder Rölligen führten
Rödermabet v. S. den bestehenden Kollektivvertrag und zwar
vorsätzlich abstimmen, um eine gewisse Einheitlichkeit in das Lohn-
maß einzubringen. Die Löhne waren nach dem alten Vertrag
bereits ein Jahr in Stoßt war, durchläng niedrige gewesen, wurden
durch eine Reihe von Leistungszulagen ergänzt. Nun war des-
halb kein sehr umständlich, die vier Leistungszulagen separat zu
reichen, sondern bedeutete es aber auch eine Schädigung der Ac-
kordt, wenn alle Zulagen für Überstunden usw. nur nach den
eigentlichen Grundlohnem berechnet werden, während die tatsächlichen

ie jeder das dreimal höher lebten. Diese Mäßigung zu begreifen, war das Ziel des neuen Vertrages. Die Unternehmer aber waren anderer Meinung. Sie wollten die durch die Arbeiterschaft erfolgte Mäßigung ein vollkommenes Verfahren, was auch ihrerseits „Forderungen“ aufgestellt. In der Hauptfrage war es ein Punkt, gegen sie sich wandten: die Teilnahme der Betriebsräte an der Wahl und Entlassung der Arbeiter. Durch die jetzt ihrer Organisationen hatte sich die Arbeiterschaft unmittelbar an dem im Jahre 1918 erfolgten Wettbewerb um die Gewerkschaften gesichert, daß der Unternehmer seit jeher ein Vorrang hatte. Bei der herrschenden Wirtschaftskrise wählten sie nun Zeit gekommen und verlangten, daß ihrer bei der Einstellung und Entlassung der Arbeiter völlig freie Hand gelassen würde. Die Unternehmer konnten selbstverständlich auf diese Forderungen nicht eingehen.

selbstverständlich auf dieses Gefüllen nicht ein-
zu und hätte es ab. Neben dieser Erhöhung der Rechte der
Arbeiterin verfolgten die Unternehmer nach ein Ziel: eine Ver-
kürzung der bestehenden Arbeitszeit. Es war
einen Gesetzes gelungen, sich über die Regulierungen des Gesetzes
der Wochentagslänge hinweg die Erweiterung der Pausen in die
arbeitsame Mittagszeit zu eringen. Das bedeutete eine wöchentliche
Verringerung der reinen Arbeitszeit um etwa zwei Stunden, die nun
Unternehmer gerne befreit hätten. Die Arbeitgeber verlangten, da
die Leistungsfähigkeit unter den herrschenden Verhältnissen als aus-
reichen gelten würde, wenigstens die Gestaltung einer Weihnachts-
Ferienwoche in der Höhe eines Weihnachtspausen und gleichzeitig die
Abreise des besagten Unterkäts, der bisher allen im Betriebe be-
stehenden Kreislauf — ohne Rücksicht auf die Dauer der Beschäfti-
gung — im Rahmen von 6 Tagen getadelt wurde, sonst 8 Tage,
an die Bezeichnung als Bezeichnung der zweiten Unterkunft voran-
zutragen und ihm folgenden Sonntage gebührt wäre. Es sollten
nicht mehr wie vorher 6 Mittagsstunden als Unterkunft gelten, statt der bis-

Die Unternehmer knüpften die Bewilligung dieser beiden Forderungen an die Verlängerung der Arbeitszeit, die in Form der Abrechnung der Arbeitspausen von der normalen Arbeitszeit erfolgen sollte, und wollten außerdem die Urlaubsverbesserung nur jenen Arbeitern gewähren, die entweder 35 Jahre alt oder 10 Jahre im gleichen Betriebe beschäftigt waren. Die Arbeiterschaft war sich darüber darüber, daß sie keinen der Vorschläge der Unternehmer annehmen könne, doch zogen sich die Verhandlungen außerordentlich in die Länge, da keiner der beiden Parteien zum Angriff übergehen wollte.

Ende April spitzte sich die Situation scharf zu. Die Unternehmer zeigten sich immer unnachgiebiger, bis sie schließlich erklärten, an der Frage der Mitbestimmung bei der Aufnahme und Entlassung alles scheitern zu lassen. Die Arbeiterschaft beschloß darauf, in drei Prager Großbetrieben, die über eine gute Konjunktur verfügten, nämlich bei der Böhmischo-Mährischen Maschinenfabrik, den Goldbergerwerken und Frizilwerken, die insgesamt etwa 6000 Arbeiter beschäftigen, in ultimativer Form anzufragen, ob sie sich mit der Antwort des Unternehmerverbandes identifizierten.

Die Werke antworteten, wie es nicht anders zu erwarten war, behauptend, worauf die Arbeiterschaft dieser Betriebe einmütig am 18. Mai die Arbeit niederlegte. Die Unternehmer blieben die Antwort nicht schuldig. Endessen zu seig, mit einer Auspferzung zu antworten, die sie im Sinne hatten, gaben sie in der Mehrzahl der dem Verbande angeschlossenen Firmen einen Anschlag heraus, in dem sie der Arbeiterschaft eine Reduktion der Löhne um 10 Prozent und gleichzeitig eine Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 32 Stunden auslündigten. Einzelne Werke wollten noch ein übriges tun und kündigten den Mitgliedern der Fabrikausschüsse. Es war offensichtlich, daß die Unternehmer mit dieser Provokation nichts anderes beabsichtigten als eine Ausdehnung des Kampfes auf die übrigen Betriebe, in der stillen Hoffnung, dadurch die Stärkungskraft der Gewerkschaft schwächen zu können. Auf das Vorgehen der Unternehmer gab es für die Arbeiter natürlich nur eine Antwort: die Einstellung der Arbeit. Sie erfolgte in den meisten Betrieben am 20. Mai, in einzelnen einige Tage später, da die Unternehmer nicht in allen Betrieben gleichzeitig die Anschläge herausgegeben hatten. Am Ende der ersten Kampfwoche war bereits die Front geschlossen: In 51 Betrieben in Prag sowie in den großen Industrieorten Mittelböhmens, wie Sladno, Königgrätz, Pardubitz, Mladitz, Schlan usw. standen nahezu 35 000 Metallarbeiter im Abwehrkampf gegen die reaktionären Absichten des Unternehmertums.

Es ist erfreulich, konstatieren zu können, daß die gesamte Arbeiterschaft erkannte, daß hier auch um ihre Interessen gekämpft wurde. Daraus erklärt es sich, daß alle Arbeiterkategorien die Metallarbeiter ihrer vollen Solidarität versicherten und dieser Solidarität auch praktischen Ausdruck gaben: durch Beschuß des Tschechoslowakischen Gewerkschaftsbundes wurde seitens aller Gewerkschaftsverbände von den Mitgliedern ein Stundenlohn als wöchentlicher Extrabeitrag erhoben, während der Verband selbst unter seinen Mitgliedern Extrabeittäge in der Höhe von 5 Prozent des Lohnes einsetzte. Als bedeutsames Symptom ist es zu werten, daß auch der Deutsche Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei den tschechischen Kollegen seine volle Solidarität aussprach, so daß die Unternehmer durch ihr scharfes Vorgehen das Gegenteil dessen erreichten, was sie beabsichtigten: statt einer Schwächung der Stampsfreiheit der Arbeiterschaft ist die Folge des Stamps nur ein um so engerer Zusammenenschluß. Es unterlegt seinem Besuße, daß bei längerer Dauer es Spannes auch andere Arbeiterschichten, insbesondere die Bergarbeiter und Eisenbahner, aktiv eingegriffen hätten.

Der Siegierung wurde es unter solchen Umständen gleichermaßen unmöglich und sie versuchte durch ihr Ministerium für soziale Fürsorge, eine Einigung herbeizuführen. Die Verhandlungen wurden persönlich vom Minister geleitet und hatten schließlich auch nach dreiwöchiger Dauer des Stropfes einen Erfolg aufzuweisen. Am Montag den 3. Juni wurde die Arbeit in den Betrieben mit einem vollständigen Sieg der Arbeiterschaft wieder aufgenommen.

Der Angriff der Unternehmer auf die Löhne wurde respektlos abgewehrt, die bestehenden Löhne bis Ende September dieses Jahres stabilisiert. Unter gleichbleibenden wirtschaftlichen Verhältnissen werden sie dann jeweils auf drei Monate verlängert. Die von der Arbeiterschaft geforderte Weihnachtsgratifikation muss ausbezahlt werden, die Verlängerung des Urlaubs, wie sie die Arbeiterschaft verlangte, wurde bewilligt und gilt für alle über 20 Jahre alten Arbeiter. Unter bestehenden Arbeitszeit wird nichts geändert. Die größte Bedeutung kommt indessen den Bestimmungen über die Aufnahme und Entlassung der Arbeiter zu. Den Fabrikausschüssen wird ausdrücklich das Recht der Kontrolle zugestichert, ob die neu aufgenommenen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert sind.

erkt sind". Es war immer eines der Grundbegriffe der Unternehmer, daß sie nicht abstellen könnten darauf, ob ein Arbeiter gesetzlich organisiert sei oder nicht und es mag sie hart kommen sehn, von ihrem Prinzip zu lassen. Die Entlassung des Arbeiters erfolgt in Zukunft so, daß die Firmen von jeder Entlassung sofort den Fabrikausschuß zu verständigen haben. Die Werkzeugmäute haben das Recht, gegen eine Entlassung zu protestieren und eine Sitzung zu Händen einer speziellen Schlichtungskommission einzurufen, die aus je drei Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer wie aus einem Gewerbeinspektor als unparteiischen Vorstehenden besteht. Die Kommission hat ihr Urteil binnen sieben Tagen zu fassen und kann, wenn sie die Entlassung als nicht gerechtfertigt bestimmt, entweder die Wiederaufnahme verfügen oder dem Arbeiter eine Abserfungssumme in der Höhe von 1 bis 4 Wochenlöhnen zugeschenken. Die Entlassung wird nicht rechtskräftig, solange die Kommission nicht entschieden hat.

Diese Bestimmungen bedeuten für die kleinen und mittleren Betriebe, wo die Arbeiterschaft ihren Einfluß nicht so geltend machen konnte wie in den Großbetrieben, eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem bisherigen Zustand, da sie eine genaue Prüfungserstellung der Belegschaft vertrauensleute bringen, ohne deren Zustimmung eine Entlassung nunmehr nicht erfolgen kann. In den Großbetrieben, wo die Arbeiterschaft schon bisher ein größeres Maß von Rechten hatte — in den Eisenwerken von Witkowitz, in den Stobäckern und in verschiedenen Prager Großbetrieben erfolgte die Aufnahme und Entlassung der Arbeiter ausschließlich durch die Fabrikaltschüsse —, wird sie es sicher auch in Zukunft durchsetzen können.

Das Wesentlichste an diesen Bestimmungen aber ist der Umstand, daß es sich zur Hauptzweck um einen Kompromißvorschlag des Ministeriums für soziale Fürsorge handelt. Wir stehen in der Eschewoche eben vor der Beratung eines Gesetzes über die Betriebsräte. Die Regierung hat dem Parlament einen Entwurf unterbreitet, der im ganzen nach den Wünschen der Unternehmer präpariert ist. So sollen Betriebsräte nur dort gewählt werden, wo dauernd & ganze Zahl hindurch mindestens 30 Arbeiter beschäftigt sind, in wirtschaftlichen Betrieben müssen gar 30 Personen mit ganzjährigem Vertrag angestellt sein, so daß praktisch alle Eisen- und landwirtschaftlichen Betriebe überhaupt ausgeschaltet sind. Die Bestimmungen über die Bilanzinsicht und Vertretung in den Aussichtsgremien genügen in keiner Weise und sollen überdies erst später auf Verordnungswege in Kraft gesetzt werden. Über die Mitwirkung bei Entlassungen wird dar gesagt, daß die Betriebsräte bei Massenentlassungen, die außerhalb des Arbeitsverhältnisses liegen, mitwirken. Nun das Fürsorgeministerium den lämpfenden Metallarbeiterkampf und durch seinen Vorschlag zu verwirkslichen geholfen, dann müssen die getroffenen Bestimmungen selbstverständlich als bindend für die Beratungen über das Betriebsratgesetz betrachtet werden. Die kommunistische Presse des In- und Auslandes sucht, aus dem Ergebnis des Kampfes eine Niederlage zu machen. Erstellen fest, daß im Gegenteil ein bedeutender Erfolg erzielt wurde, ein Erfolg, der mir möglich war durch die musterhafte Disziplin und Kampfbereitschaft, die die Arbeiterschaft an den Tag gelegt hatte. Es wäre furchtbar den Interessen des Gesamtproletariats dienlicher, Kommunisten würden gemeinsam mit der übrigen Arbeiterschaft für sorgen, daß diese Kampf- und Opferbereitschaft gejährt werde.

Für die Interessen der Werftarbeiter

Bereits in Nr. 29 der M.-Z. haben wir mit dem Bericht über die Werstarbeiterkonferenz vom 26. Juni d. J. die erste Lage auf den Schiffswerften geschildert. Unsere Organisationsvertreter sind da und um die Interessen der Werstarbeiter bemüht. So auch in der letzten Bauausschusssitzung der Schiffbau-Treuhand-Bank vom 19. Juli d. J. Anschließend an diese Sitzung hat die Verbandsleitung an das Reichsarbeitsministerium, an das Reichswirtschaftsministerium, Abteilung für Wiederaufbau (Schiffahrt) und an die Schiffbau-Treuhand-Bank nachstehendes Schreiben gerichtet:

Eine ernste Situation zwingt dazu, die Aufmerksamkeit der einzelnen Stellen der Reichsregierung auf die drohenden Massenentlassungen der Werstarbeiter zu lenken. Die Verhältnisse auf den Werften haben sich in den letzten Monaten in einer Weise entwickelet, die ein aktives Eingreifen unbedingt erfordert; wenn nicht in kürzester Frist eine Katastrophe eintreten soll. Wir gestalten uns zur Beleuchtung der Sachlage folgende Darlegung:

Auf Grund des Reedereiabfindungsgesetzes ging die Schiffbau-Treuhandbank dazu über, das Bauprogramm für die neue Herstellung abfindungsberechtigter Schiffe auf 5 Jahre festzulegen und die zur Verfügung stehenden Gelder entsprechend dem Bauprogramm auf die einzelnen Jahre zu verteilen. Nachdem dann vor einigen Monaten eine Zusammenstellung der von den einzelnen Werften für das laufende Baujahr eingestandenen Summe erfolgte, stellte sich heraus, daß die von den Werften angegebene Summe den für das laufende Baujahr zur Verfügung stehenden Betrag um mehr als das Doppelte überstieg. Diese Tatsache wurde unter anderem mit darauf zurückzuführen, daß

1. die Zahl der an abfindungsberechtigten Schiffen beschäftigten Arbeiter zurzeit eine erheblich höhere sei, als wie zum 1. Oktober vorigen Jahres;
2. ein Teil der Werften die pro Arbeiter und Jahr von der Schiffbau-Treuhandbank verlangte Umfassungsrate bei der eingestandenen Baumsumme um ein wesentlich Höheres eingestellt hatten.

Da wurde dargelegt, daß die zurzeit auf den Werften beschäftigte Arbeitszahl rund 100 000 betrage, von denen 60 000 an abfindungsberechtigten Schiffen beschäftigt werden sollen, während für 40 000 Arbeiter mit anderer Beschäftigung gerechnet wird. Die Tatsache, daß den Werften nach dem vorliegenden Bauprogramm nur ein Teil der von ihnen eingestandenen Baumsumme seitens der Schiffbau-Treuhandbank bewilligt werden könnte, veranlaßte einen Teil der Betriebsleiter, sofort Arbeiterentlassungen in größeren Maßen anzunehmen. Am 26. Juni stand nun in Hamburg eine von sämtlichen Werften zahlreich beschäftigte Werstarbeiterkonferenz statt, die sich mit den vorliegenden Verhältnissen auf den Werften beschäftigte. Einmütig wurde eine Entschließung gefasst, die wir in Anlage beifügen.* Der Beschluß der Werstarbeiter verlangt im besonderen:

- a) Erhaltung des vorgesehenen Bauprogramms von 5 auf 3 Jahre.
- b) Die Werften müssen alles aufspielen, um andere Arbeiten mit heranzuziehen.
- c) Von den Reedereien ist zu verlangen, daß sie auch aus eigenen Mitteln weitere Schiffsbauten ausführen lassen.
- d) Soweit die unter a bis c angeführten Mittel nicht ausreichen, muß die Streitung der Arbeit durch Einstellung von Feierabenden oder einer verkürzten Arbeitszeit erfolgen, um Arbeiterentlassungen zu vermeiden.

Diesen Beschluß der Werstarbeiterkonferenz haben die Betriebsleiter den einzelnen Betriebsbezirken unterbreitet. Ebenso haben wir die Entschließung in den einzelnen Kommissionen, die im Reedereiabfindungskomitee vorgegeben sind, vorgelegt und eingehend begründet, so unter anderem am 19. Juli dieses Jahres in einer Sitzung des Bauausschusses in Hamburg. Die Sitzung des Bauausschusses hat es abgelehnt, zurzeit einen Beschluß über eine etwaige Herabsetzung des Bauprogramms von 5 auf 3 Jahre zu fassen. Gegenüber der Forderung an die Werften, andere Arbeiten heranzuziehen, wurde darauf hingewiesen, daß dies zurzeit inmitten der Krise manchen Schwierigkeiten begegne. Um besonderen wurde darauf aufmerksam gemacht, daß ein Teil der Werften, die sich nach dem Kriege für Reparaturen und Neubau von Eisenbahnsfahrzeugen (Güter- und Personenzügen, Lokomotiven) umgestellt haben, vor der Gefahr stehe, daß ihnen die von der Reichseisenbahnverwaltung überwiesenen Arbeiten völlig oder teilweise entzogen werden, wodurch die drohende Katastrophe auf den Werften eine weitere Verschärfung erfahren würde. Eine Erklärung darüber, in welcher Weise die Reederei aus eigenen Mitteln um weiteren Schiffbau beitragen, wurde nicht abgegeben. Schließlich muß mit der Tatsache gerechnet werden, daß selbst die Forderung der Betriebsleiter, daß eine Streitung der Arbeit erfolgen muß, um Massenentlassungen vorzubeugen, bei einem Teil der Betriebsleiter nicht die notwendige Beachtung findet. Im Gegenteil, es sind bereits Fälle zu beobachten, bei denen Betriebsleiter die Einstellung von Feierabenden ablehnen und lieber dazu übergehen, einfach Arbeiter in großer Zahl zu entlassen. Einem solchen Vorgehen von Betriebsleitern kann und darf nicht teilnahmslos zugesehen werden. Wenn sich auf der einen Seite die verschiedenen Regie- und Körperschaften von Reich, Staat und Kommunen dauernd ernstlich mit dem Arbeitslosenproblem beschäftigen, und wenn natürlich der deutsche Reichstag nach wochenlangen Vorberatungen am 5. Ausschuß eine Reihe von Beschlüssen faßte, die einer weiteren Verbesserung der Arbeitslosigkeit entgegenwirken sollen, so kann im vorliegenden Falle nicht zugelassen werden, daß viele Tausende von Werstarbeitern einfach auf Strassenpflaster gesetzt werden, ohne daß die Möglichkeiten erschöpft worden sind, um die betreffenden Werstarbeiter vor einer Arbeitslosigkeit zu bewahren. Die Pflicht eingreifender Maßnahmen ist doppelt geboten, dadurch, daß sich die von Massenentlassungen bedrohten Werstarbeiter auf einen kleinen Teil von Orten konzentrieren. Orte, die an sich bereits seit Jahren unter den Einwirkungen der Krise aufs schwerste leiden (siehe unter anderem Hamburg). Werden die Werften in der Hauptfahrt beschäftigt für Neubau von Schiffen, deren Bezahlung durch Reichsmittel erfolgt, so geht es unmöglich an, daß die Regierung zuschneidet, wenn Betriebsleiter ohne vorherige Erschöpfung aller anderen Maßnahmen zu Massenentlassungen übergehen.

Hier ist ein Eingreifen der Reichsregierung dringend geboten. Neben den Beschlüssen der Werstarbeiterkonferenz vom 26. Juni dieses Jahres weisen wir darauf hin, daß möglich sein muß, aus den im Nachtragsteil des Reichsvertragsabkommen für den Neubau von Fahrzeugen vorgesehenen 1500 Millionen Mark einen Teil der Aufträge mit an Werften zu vergeben. Dies ist notwendig, damit nicht neben dem zur Einschränkung ge langenden Schiffbau auch den für andere Arbeiten vorgesehenen 1000 Arbeitern auf den Werften ein Teil ihrer bisherigen Arbeit entzogen wird.

Im übrigen wiederholen wir mit aller Dringlichkeit den bereits in der Bauausschusssitzung vom 19. Juli dieses Jahres gemachten Vorschlag, der dahin geht:

Die Betriebsleiter müssen angesichts von Arbeiterentlassungen Abstand nehmen. Ist es unmöglich, auf eine längere Zeitdauer die zurzeit auf den Werften beschäftigten Arbeiter in voller Zahl in diesen Stellen zu halten, so muß entsprechend den Beschlüssen des Reichstags sowohl in der Umschichtung bestimmter Arbeiterkategorien wie in der Arbeitsbeschaffung und Arbeitsvermittlung ein planmäßiges Zusammenarbeiten der einzelnen Stellen des Reiches, der Staaten, Kommunen, Gewerkschaften, Betriebsräte, Betriebsräte und der Schiffbau-Treuhandbank erfolgen, um über die geheimgebliebene Schwierigkeit hinwegzukommen. Es ist summa, Arbeiter in größerer Zahl erst dem Arbeitslosenfond preiszugeben und sie dabei zu vertreiben, auf später zu schaffende andere Arbeitsmöglichkeiten. Im gegenwärtigen Sinne muß versuchen werden. Ergibt sich die zwingende Notwendigkeit eines Eingreifens, so muß erst

andere Arbeitsgelegenheit geschaffen werden, um dann mit einer bestimmten Umschichtung und Arbeitsvermittlung für die Arbeiter vorzugehen, die auf den Werften nicht über einen bestimmten Zeitraum hinaus gehalten werden können. Siehen wir vor diesen Notwendigkeiten, muß umgehend in der Nähe des Wohnortes der von Arbeitslosigkeit bedrohten Werstarbeiter daran gegangen werden, Arbeitsmöglichkeiten, und sei es zunächst in der Form einer produktiven Erwerbslosenfürsorge, zu schaffen. Solche Möglichkeiten dürften sich unter anderem ergeben:

Durch die Einnahme von Hafenarbeiten, Arbeiten der Eisenbahnverwaltung in verschiedenster Art, Bau- und Straßenarbeiten, wie andere Arbeiten, die in den Beschlüssen des deutschen Reichstags vom 7. Juli 1921 (133. Sitzung) niebergelegt sind.

Diese Vorbereitungen und Einnahme anderer Arbeiten, die Arbeitsvermittlung und Unterbringung von Werstarbeitern, soweit letztere nicht auf einen längeren Zeitraum auf den Werften wegen Mangel an Beschäftigung gehalten werden können, erfordern eine gewisse Spanne Zeit. Während dieser Übergangszeit, die eventuell einige Monate beansprucht, muß bei denjenigen Werften, bei denen Arbeiterentlassungen in drohender Nähe gerichtet sind, ein bestimmter Ausgleich durch die Schiffbau-Treuhandbank vorgenommen werden.

Wir erwarten von den zuständigen Stellen der Reichsregierung, daß sie sofort die notwendigen Vorbereitungen treffen, um der katastrophalen Massenentlassung von Werstarbeitern zu begegnen.

Einer baldigen Rückäußerung sehen wir entgegen.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes:

Rob. Dömann.

Nachdem Kollege Dömann seine Darlegungen beendet hatte, nahm der Reichsminister Dr. Brauns zu folgender Erklärung das Wort:

Der Herr Vorredner hat die Regierung gefragt, welche Stellung sie einnehme zu den neuesten Vorgängen auf der Schichauwerft in Elbing. Die Regierung bedauert mit dem Herrn Vorredner, daß der Schiedsentscheid von der Arbeitgeberseite nicht angenommen worden ist. Die Arbeitnehmer haben nun ihrerseits die Verbindlichkeitserklärung beantragt. Wir werden, wie das immer in solchen Fällen geschieht, ehe wir die Verbindlichkeitserklärung beschließen, nochmals mit den Parteien Führung nehmen und durch Rücksprache mit ihnen auf friedlichem Wege die ganze Sache zu erledigen suchen. Sollte das nicht gelingen, dann wäre allerdings zu prüfen, ob hier nicht ein grundsätzlicher Widerstand des Unternehmers gegen den im Schiedsentscheid verkörperten Einigungsbedenken als solchen vorliegt. Ein solcher Widerstand mit allen gesetzlichen Mitteln zu brechen, halte ich allerdings für meine Pflicht. Dabei würde insbesondere zu prüfen sein, ob nicht schon bei der Vergabe von Staatsaufträgen, wie sie auch die Schichauwerft in nicht unerheblichem Umfang erhalten hat, entsprechende Sicherungen getroffen werden müssen. Die Regierung muß von Unternehmen, die Staatsaufträge erzielen, erwarten und nachdrücklich verlangen, daß sie den auf gesetzlichen Ordnungen beruhenden sozialen Einrichtungen keinen Widerstand entgegenstellen.“

Pensionsversicherung in Privatbetrieben

Diese vom Kollegen Möller in Nr. 9 der M.-Z. angeschnittene Frage brachte uns mehrere Zuschriften. Es ist dies ein Bereich dafür, wie den Arbeitern die Verbesserung dieses Gebanens im Herzen liegt. Es braucht unserseits nicht gelagert zu werden, daß solche Förderung, dem Arbeiter auch im Alter und bei Arbeitsunfähigkeit seine Existenz sicherstellen, mit allen Mitteln unterstützen. Wir richten deshalb an die sozialistischen Fraktionen der Parlamente und an die zuständigen Stellen der Arbeiterbewegung das Erwachen, sich dieser gerechten Forderung der Millionen Arbeiter in Privatbetrieben anzunehmen. Einige Zuschriften lassen wie in ihrem wesentlichen Teilen folgen:

Eine Biene aus München schreibt: „In Ihrer geschätzten Metallarbeiter-Zeitung Nr. 9 las ich mit großer Freude eine Anregung betreffs Pensionsversicherung in Privatbetrieben... Öffne ich mir erlauben, eine kleine Anregung zu geben? Als Lehrer kostet weiß ich, daß mein Vater monatlich einen Betrag von circa 20 M dem Pensionsfonds beigesteuert hat. Eine ähnliche Regelung könnte doch auch bei den Arbeitern durchgeführt werden. Die Arbeiter würden gern etwas zuseiern, um im Alter versorgt zu sein. Allerdings müßten auch die Aktionäre und Kapitalisten zur Bubus herangezogen werden. Es wäre gar nicht schön, wenn deren ungerechte Gewinne der Pensionsklasse zugesellt würden, denn es ist nicht mehr als recht und billig, den Arbeiter als Menschen zu betrachten, damit die grauen Wölfe des Alters von einigen Sonnenstrahlen des jungen Lebens etwas verschönzt würden. Da mein Sohn ehrliges Mitglied des Metallarbeiter-Verbandes ist, freue ich mich, daß sich dieser Verband der Sache der Arbeiter so annimmt. Ich bin nur eine kleine Geschäftsfrau mit geringem Einkommen, trotzdem will ich den Anfang machen und den Betrag von 100 M zur Errichtung einer Arbeiterpensionsklasse lassen. Weit zu geben, was mit nicht möglich, da ich nur ein geringes Vermögen besitze und Kriegsmitte mit vier Kindern bin...“

Das freundliche Anerbieten einer kleinen Spende einer mißfühlenden Volksgenossin gelingt jedenfalls, daß die Opferfreudigkeit und das Mitgefühl im Volle viel mehr veranlaßt ist als bei neuen Leuten, die im und nach dem Kriege Millionen aus dem Volle herausgezogen haben. Selbstverständlich müchten wir die Spende ablehnen, aber als Symptom ist ein derartiges Überbieten nicht hoch genug zu bewerten.

Ein Kollege aus Geislingen schreibt: „Die durch die kriegerischen Ausführungen des Kollegen Möller in Nr. 9 dieser Zeitung ausgerufene Pensionsversicherung, auf welche hierdurch nochmals eindringlich hingewiesen sein soll, ist schon seit vielen Jahren von allen einsichtigen Arbeitern als erreichbares Ziel und als schärfster Programmpunkt in der Arbeiterbewegung erkannt worden. Voller stand ein Teil der Arbeiterschaft dieser Anliegen nicht so wohlwollend gegenüber, wie dies notwendig gewesen wäre, weil sie der Ansicht waren, der Unternehmer müsse so gut zahlen, daß Müllagen für das Alter möglich seien. Als ob es einem Arbeiter vergönnt wäre, soviel zurückzulegen, um von den Eltern ein auch nur befriedenes Dasein fristen zu können. Die Pensionsversicherung ist mindestens so wichtig als die Forderung des Achstdurchgangs und man sollte nach der sogen. Revolution einen diesbezüglichen Gesetzentwurf erwartet. Es hätten alle den Organisationen noch bestehende Arbeitnehmer sich diesen angegliedert. Mit all den Streitigkeiten innerhalb und zwischen den einzelnen Organisationen ist den Arbeitern verdammt wenig geholfen. Hier heißt es positive Arbeit vollbringen. 1. 1. Studententag und Pensionsversicherung, die zwei voneinander trennbare Punkte im Programm der Arbeiterbewegung. Feder Arbeiter würde gen den nötigen Beitrag leisten, wenn er weiß, daß er ein in pionärischer Hinsicht fortgeschritten Alter vor sich hat. Dadurch würde auch die Arbeitsfreudigkeit gehoben.“

Die Gründung einer Pensionsversicherung sieht sich heute leicht ermöglichen, als ein Teil der riesigen Bildlager der Industrie und die vorhandenen Betriebspensionsfonds einerseits, andererseits die dann überflüssig werden den Fonds der Alters- und Invalidenversicherung dazu herangezogen werden könnten. Damit wäre dann schon ein beträchtliches Versicherungskapital geschaffen.

Dringt man tiefer in die Bedeutung der Pensionsversicherung ein, so ergibt sich, welch großer wirtschaftlicher Wert ihr innewohnt. Aufgezeigt von dem großen Segen für den alternden Arbeiter, der sich noch in Garten- und Tierhaltung nutzbringender Arbeit hingeben kann, ist sie für die Industrie selbst von außerordentlich beträchtlicher Wirkung, da ihr durch die Entfernung der alten Arbeiter junge Kräfte und neuer Geist zugeführt werden und sie dadurch leistungsfähiger macht. In gleichem Maße ist der Staat davon interessiert, da die Versicherung eine Steuerung der Arbeitslosigkeit bewirken würde und die großen Summen zu deren Bekämpfung anderweitig verwendet werden könnten. Nicht zu unterschätzen wäre auch eine Entlastung der Gemeinden von der Armenunterstützung.

Wenn man nun die große wirtschaftliche Bedeutung dieser Versicherung ins Auge sieht, so ist es verständlich, daß die Forderung nach Sicherstellung des Alters in der Arbeiterbewegung noch nicht zu Wort gekommen ist. Da doch aber ein Versicherungskapital gewonnen schon vorhanden ist, wäre es einfach an der Zeit, in dieser Gelegenheit Stellung zu nehmen und die Regierung aufzufordern, das Gesetz ernstlich näherzutreten, um ein Pensionsversicherungsgesetz zu schaffen.“

Aus Düsseldorf erhalten wir folgende Zuschrift: „In Nr. 9 der Metallarbeiter-Zeitung wird von Kollege Möller eine Frage angeschnitten, welche verdient, etwas weiter gesponnen zu werden. Meine Meinung geht jedoch dahin, daß eine Pensionsversicherung einzuführen ist nicht durch die Betriebe, sondern durch Selbsthilfe.“

Es ist nur zu wahr, wie es in dem betreffenden Artikel heißt, daß der Arbeiter mit Grauen in die Zukunft seines Alters schaut. Bei Anfrage um Arbeit wird der jüngere dem älteren Arbeiter vorgezogen und wird ein älterer Arbeiter krank, so muß er damit rechnen, daß ihm keine Kapitale ins Haus geschickt werden. Der Kapitalist ist sich immer noch derselbe geblieben. Er kalkuliert aus dem jüngeren Arbeiter mehr Profit heraus als aus dem älteren. Von solchen Kapitalisten kann man nun nicht erwarten, daß sie den guten Willen hätten, etwas Rentenwertes für den älteren Arbeiter zu tun. In den Betrieben, wo man bisher für Wohlfahrtspflege einschließlich Alterskapital etwas auswarf, geschah es nur zu dem Zweck, die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln. Auch kommen die Arbeiter in solchen Betrieben selten in den Genuss einer Altersrente. Entweder müssen sie so lange schuften,

Der Konflikt auf der Schichauwerft im Reichstag

Wie schon öfters, mußte wiederum auf der Schichauwerft in Elbing eine Bewegung zum Auftakt gebracht werden, die auch an allerhand Begleitererscheinungen (Streikpostenverbots u. s. w.) reich war. Wir kommen darauf zurück. Es war selbstverständlich, daß dieser Konflikt auch im Reichstag zur Sprache gebracht werden würde, auch schon deshalb, um die Stellung der Regierung kennen zu lernen gegenüber einem solch rücksichtslosen Unternehmer, dessen Betrieb obendrein noch mit Staatsaufträgen versehen ist.

Nachdem Kollege Dömann am 7. Juli 1921 über die Verhältnisse bei den Werften im allgemeinen sich geäußert hatte, führte er speziell über den Konflikt bei der Schichauwerft folgendes aus:

„Dann will ich in diesem Zusammenhang noch mit wenigen Worten die Vorkehrungen auf der Schichauwerft in Elbing zur Sprache bringen. Ich sehe ganz davon ab, die Vorgänge im einzelnen zu schildern. Nur die wichtigsten Tatsachen will ich im rohen Rahmen erwähnen. Die Arbeiter verhandelten durch den Betriebsrat wegen Lohnforderungen und wegen eines minimalen Urlaubs. Wenn die Höhe der ungelernten Arbeiter 2,70 M pro Stunde in Elbing eingetragen, dann wird wohl keiner aus dem Hause behaupten wollen, daß damit auch nur das Existenzminimum erreicht ist.“

Und was macht der Besitzer? Er gibt eine kräfte provokative Abschaltung, nichts anderes. Die Arbeiter sind erblitten und dazu übergegangen, gegen dieses provokatorische Vorgehen des Unternehmers zu demonstrieren. Diese Demonstration hat 10 Minuten gedauert. Sie gab dem Unternehmer Veranlassung wahrtumzuschauen, was er wollte, nämlich die Provokation, die er gegenüber der Arbeiterschaft an den Tag gelegt hatte, nunmehr zu vollenden und die Arbeiter auszuspielen, 6000 oder 7000 Arbeiter haben 6 bis 7 Wochen auf der Straße gelegen. Alle Bemühungen waren fruchtlos. In der selben provokatorischen Weise wie der Unternehmer gegen die Arbeiter auftrat, ist er auch den einzelnen Behörden gegenübergetreten. Ob der Bürgermeister von Elbing vermittelte oder die Herren vom Reichsarbeitsministerium oder von anderen Stellen, ganz gleich, sein Herrschaftspunkt ließ es nicht zu, irgendwie mit sich reden zu lassen. Selbst nachdem in der letzten Woche ein Schiedsgericht statthaft geworden ist, hat Carlsson, Bevölker der Schichauwerft, lehnt es aber ab, vor dem Verhandlungstisch zu erscheinen. Er lehnt es ab, auch nur Besitzer zu dem Schiedsgericht zu erneuern, zweifellos in dem Bewußtsein seiner eigenen Schuld oder seines Herrertropfes, belbes gleicht. Das Schiedsgericht hat ein Urteil gefällt, das wirklich von 6 bis 8 dem Unternehmer versucht Rechnung zu tragen, unendlich viel mehr, als nach Recht und Billigkeit in Frage kommen kann. Doch allem, der Besitzer der Schichauwerft erkennt auch diesen Schiedsentscheid nicht an, er kennt nur eins: die Arbeiter fallen erstaunlichlos vor ihm zu Kreuze kriechen.“

Wenn wir ein solches Verhalten sehen, dann habe ich die Frage an die Regierung zu richten, wie sie sich einem solchen Vorgehen gegenüberstellt. Wenn sich hier das hohe Haus mit den wirtschaftlichen und sozialen Problemen, mit der Not der Arbeitslosen beschäftigt, und wenn sich dann Vorgänge geschilderter Art auf einer Werft abspielen, die, wie in diesem Falle die Schichauwerft, diese Dauende von Lokomotiven in Staatsbestellung hat und abfindungsberechtigte Schiffe baut, also alles Arbeiten aus dem allgemeinen deutschen Steuerbüro, dann haben wir wohl ein Unrecht daran, zu verlangen, daß auch hier zum Richter geschickt wird, um der Besitzer der Schichauwerft dazu zu bringen, daß er seine Arbeiterschaften menschenwürdig behandelt und bezahlt. Das ist das Wenigste, was wir verlangen müssen. Ich richte an die Regierung die Anfrage: was hat Sie getan, um diesem Altbefinden zu steuern, und wie stellt Sie sich zu dem neuwesten Vorgehen des Unternehmers, der unter allen Umständen tausend und mehr Arbeiter auf der Straße lassen will, um durch brutale Unternehmertaktik die Arbeiter in großem Maße weiter dem Hungertuch preiszugeben?

Ich sehe in diesem Stadium der Verhandlungen davon ab, daß nicht mit unverständliche Urteil des Landgerichts in Elbing im einzelnen zu schildern. Ich hoffe, es wird sich bei anderer Gelegenheit noch die Möglichkeit bieten, darauf zu sprechen zu kommen, daß es mit der Reichsverfassung in strittigem Widerspruch steht, wenn das Landgericht in Elbing dazu übergegangen ist, einschließlich Streikpostenverbots auszusprechen. Und wenn die Polizei ebenfalls dazu beigetragen hat, dem Besitzer der Schichauwerft Befehle zu leisten, ist das ebenso aus tiefe zu bedauern. Das zu den Werften, das zu Schichau-

* Wir haben diese Erwähnung bereits in Nr. 22 der M.-Z. gemacht.

bis sie am Schraubstock umfassen, aber man findet sonst eine Gelegenheit, wenn der Arbeiter älter wird, ihn aus dem Betrieb hinauszuführen.

Wenn nun, wie der Kollege Höner vorschlägt, der Reichstag sich mit der Altersversicherung für sämtliche Arbeiter und Angestellten beschäftigt, so bin ich der Meinung, daß hierbei nicht viel herauskommen wird. Durch die Abspaltung der Arbeiterschaft haben wir im gleichen Sinne für eine bürgerliche Regierung und von einer solchen Regierung brauchen wir nicht zu hoffen, daß sie etwas Brauchbares in puncto Altersversicherung machen würde. Sehen wir uns doch die Altersversicherungsordnung und speziell hier die Alters- und Invalidenversicherung an. Es ist alles nur ein Trocken auf einen harten Stein.

Die Einführung einer Altersversicherung durch Geldhilfe, wie ich anfangs mehrere Ausschüsse erwiderte, denkt ich mir folgendermaßen: Die einzelnen Verbände, das wäre für uns der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit seinen 1½ Millionen Mitgliedern, sind der Grundstock, worauf wir für unsere Mitglieder eine Altersversicherung aufzubauen könnten. Im D.M.V. besteht schon ein Unterstützungsverein für die Angestellten und Funktionäre des Verbandes mit verschiedenen Unterstützungsseinrichtungen, darunter auch Altersversicherung nach Versorgung des 60. Lebensjahrs, d.h. wenn der Angestellte durch sein Alter in seiner Tätigkeit gehemmt ist. Es müßte nun möglich gemacht werden, daß jedes Mitglied des D.M.V. auch Mitglied dieses Unterstützungsvereins werden kann. Die Aufbringung der Mittel erfolgt: 1. Jedes Mitglied des Unterstützungsvereins bezahlt pro Woche einen Beitrag von 5 M. 2. Durch Faziesbeiträge des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes in Höhe von zwei vom Laufend des Monatswertes verlaufender Beitragsmärkte. Die erste Unterstützung könnte erst nach Ablauf eines Jahres seit Gründung oder vielmehr Beitritt zum Verein ausgezahlt werden. Hierdurch würde sich schon ein ganz bedeutender Fonds anaccumeln.

Die Leistungen des Unterstützungsvereins denke ich mir wie folgt: Mit 60 Jahren ist das Mitglied voll bezugsberechtigt mit der Hälfte des jeweils bestehenden normalen Verdienstes. Bis voll bezugsberechtigt gilt ein Mitglied, wenn es 20 Jahresbeiträge bis zum 60. Lebensjahr an den Unterstützungsverein eingezahlt hat. Jedoch muß den älteren Kollegen, welche schon länger als 15 oder 20 Jahre Mitglied unseres Verbandes sind, diese Zeit rückwirkend angerechnet werden. Tritt bei einem Mitglied des Unterstützungsvereins eine Arbeitsunfähigkeit vor Ablauf der 20jährigen Rangzeit ein, so wird ein Fünftel der festgesetzten Unterstützung pro Jahr in Abzug gebracht, als an der 20jährigen Rangzeit fehlt. 15 Jahre muß ein Mitglied an den Unterstützungsverein bezahlt haben, um Anspruch auf Unterstützung zu erheben, d.h. ausgenommen die Kollegen, welche schon länger als 15 Jahre dem D.M.V. ununterbrochen als Mitglied angehören und für diese Zeit ihre Beiträge voll bezahlt haben. Für die Witwen und Waisen der bezugsberechtigten Mitglieder könnte man noch eine bestimmte Rente schaffen. Bei Todesfall eines Mitgliedes des Unterstützungsvereins wird die Hälfte der eingezahlten Beiträge zurückgezahlt.

Alle nach dem 60. Lebensjahr hat ein bezugsberechtigtes Mitglied des Unterstützungsvereins Anspruch auf volle Pension, d.h. wenn das Mitglied keine lohnende Beschäftigung mehr treibt. Der Broterwerb der Altersversicherung soll der sein, daß sich der Arbeiter sagt: Wenn ich 60 Jahre alt bin und habe meine Verpflichtungen dem Unterstützungsverein gegenüber erfüllt, hänge ich die Arbeit an den Nagel und beziehe meine Pension, um die letzten Jahre meines Lebens in Ruhe zu genießen. Denn nur in diesem Sinne hat der Arbeiter einen Genuss von seiner Pension und nicht, wenn er so lange arbeitet, bis es nicht mehr geht. Sollten meine Ausführungen Wirklichkeit werden, so wird auch der Arbeiter frohgemut in die Zukunft schauen und die Sorgen um die Zukunft seines Alters, welche jetzt wie ein Alb auf ihm lasten, werden verschwinden.

F. Drinhausen.

Die Arbeitslage in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie

In der Berichterstattung über die Arbeitslage in der Woche vom 1. bis 10. Juli beteiligten sich 709 Verwaltungen mit insgesamt 28500 Betrieben und 196487 Arbeitern. Von diesen waren:

	Vorwoche				Sofwoche			
	Betriebe absolut	Arbeiter absolut	Betriebe absolut	Arbeiter absolut	Betriebe absolut	Arbeiter absolut	Betriebe absolut	Arbeiter absolut
Beobachtigt	23167	91,1	174874189,0	24148	91,1	175998688,9		
Stillegetagt	289	1,1	7081	0,4	819	1,2	6789	0,3
Fürarbeit	2074	7,8	20856510,6	2078	7,8	21091210,8		

Dem weiteren Rückgang der Metallarbeiter steht diese Woche ein bemerkenswertes Umrücken der Vollbeschäftigung gegenüber. Die Gesamtauslastung der erfassten Arbeiter und die Arbeitslage in der Branche in den einzelnen Regionen geht aus folgender Auflistung hervor:

Region	Gesamt anzahl der Ar- beitnehmer	Gesamt anzahl der Ar- beitnehmer	Vollbeschäftigt		Entgangen		Zurarbeit	
			Spie- zialisier- ter	Ar- beitnehmer	Spie- zialisier- ter	Ar- beitnehmer	Spie- zialisier- ter	Ar- beitnehmer
Altenburg	286	16183	257	15386	—	—	9	246
Stettin	56	741	49781	717	40786	7	604	17
Dresden	54	1100	24406	1049	15564	4	507	47
Braunschweig	47	649	47894	575	42896	6	164	61
Dresden	59	1450	38044	1189	95261	18	483	238
Gefert.	56	1576	79151	1454	64458	21	995	101
Hannover	42	636	60801	607	57906	4	68	25
Osna.	45	615	35010	447	73581	1	126	67
Hamburg	59	1909	44288	4739	141686	4	760	18
Wiesbaden	14	273	36569	274	35446	1	40	3
Essen	12	783	29298	768	514141	—	22	9197
Dresden	22	345	16256	5229	159056	42	1175	574
Stettin	18	618	118452	565	109278	4	215	49
Frankfurt	61	1491	29110	1303	175684	58	982	155
Gesamt	73	2869	210320	1778	161429	7	216	497
Rheinberg	63	8496	16992	8155	82008	142	1849	195
Gesammt	706	2320	196137	24167	1748741	229	7081	2074
Sofwoche	706	2320	195768	24148	173926	519	6782	2078

* Die Zahl der beschäftigten Oste ist ganz erheblich größer als die Zahlen in dieser Spalte. Der Unterschied beruht daher darauf, daß einige Betriebe, die nicht in der Statistik enthalten sind, in dieser Tabelle aufgeführt sind, ein Teil der Betriebsgruppe erhält ganz Sonderbehandlung.

Die Zahl der Angestellten war gegen die Vorwoche geringer in den Betrieben Gefert., Wiesbaden und Hagen. Das Resultat zeigt weiter die geschätzte Veränderung dieser Woche bei der Firma Krupp (2300 Angestellte) (Sofwoche 21). In den anderen Betrieben ist die Lage ähnlich wie in der letzten Woche.

Die Ausschreibungen über die Dauer der Kurzarbeit ergeben folgendes Resultat: 68 arbeiten

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 31. Juli in der 82. Wochenbeilage für die Zeit vom 31. Juli bis 6. August 1921 fällig.

Ausschreibung zur Rechtfertigung:

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgesucht, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Hagen:

Der Dreher Eduard Wetekam, geb. am 18. Juni 1900 zu Hagen, Mitgliedsbuch Nr. 4.268152, W. wird beschuldigt, daß Mitgliedsbuch Nr. 4.153629, lautend auf Alfred Wiesch, das ihm zum Völzug der Anmeldung übergeben wurde, nicht abgesezt zu haben.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Kassel:

Der Schlosser Heinrich Heck, geb. am 1. Juli 1889 zu Schönstein, Mitgliedsbuch Nr. 2.889421, wegen Unterstellung von Mitgliedsbüchern und Verbandsgeldern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Ludwigshafen:

Der Metallarbeiter Max Heller, geb. am 5. Juni 1883 zu Mundenheim, Mitgliedsbuch Nr. 4.198696, wegen Schwindleien und Betrug.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Münster i. W.:

Der ? Bernhard Haeveresch, geb. am 12. Dezember 1901 zu Essen, eingetreten am 5. Dezember 1920 zu Münster, Mitgliedsausweis Nr. 981457, wegen Nichtabrechnen mit Beiträgen und Mitgliedsbüchern.

Öffentlich gerichtet wird:

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Freiburg i. Br.: Der Uhrenarbeiter Richard Kruschke, geb. am 28. Juli 1884 zu Döse, Mitgliedsbuch Nr. 1.328498, wegen Schädigung der

Vereinigung der Metallarbeiter.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Münster i. W.:

Der ? Bernhard Haeveresch, geb. am 12. Dezember 1901 zu Essen, eingetreten am 5. Dezember 1920 zu Münster, Mitgliedsausweis Nr. 981457, wegen Nichtabrechnen mit Beiträgen und Mitgliedsbüchern.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Münster i. W.:

Der Metallarbeiter Willi Hirsch, geb. am 80. Sept. 1901 zu Coesfeld (Münster i. W.)

Mit kollegalem Gruß

Der Vorstand.

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Freiburg i. Br.: Der Uhrenarbeiter Richard Kruschke, geb. am 28. Juli 1884 zu Döse, Mitgliedsbuch Nr. 1.328498, wegen Schädigung der

Vereinigung der Metallarbeiter.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Münster i. W.:

Der Metallarbeiter Willi Hirsch, geb. am 80. Sept. 1901 zu Coesfeld (Münster i. W.)

Mit kollegalem Gruß

Der Vorstand.

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Freiburg i. Br.: Der Uhrenarbeiter Richard Kruschke, geb. am 28. Juli 1884 zu Döse, Mitgliedsbuch Nr. 1.328498, wegen Schädigung der

Vereinigung der Metallarbeiter.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Münster i. W.:

Der Metallarbeiter Willi Hirsch, geb. am 80. Sept. 1901 zu Coesfeld (Münster i. W.)

Mit kollegalem Gruß

Der Vorstand.

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Freiburg i. Br.: Der Uhrenarbeiter Richard Kruschke, geb. am 28. Juli 1884 zu Döse, Mitgliedsbuch Nr. 1.328498, wegen Schädigung der

Vereinigung der Metallarbeiter.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Münster i. W.:

Der Metallarbeiter Willi Hirsch, geb. am 80. Sept. 1901 zu Coesfeld (Münster i. W.)

Mit kollegalem Gruß

Der Vorstand.

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Freiburg i. Br.: Der Uhrenarbeiter Richard Kruschke, geb. am 28. Juli 1884 zu Döse, Mitgliedsbuch Nr. 1.328498, wegen Schädigung der

Vereinigung der Metallarbeiter.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Münster i. W.:

Der Metallarbeiter Willi Hirsch, geb. am 80. Sept. 1901 zu Coesfeld (Münster i. W.)

Mit kollegalem Gruß

Der Vorstand.

Auf Antrag einer Untersuchungskommission in Freiburg i. Br.: Der Uhrenarbeiter Richard Kruschke, geb. am 28. Juli 1884 zu Döse, Mitgliedsbuch Nr. 1.328498, wegen Schädigung der

Vereinigung der Metallarbeiter.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Münster

Wai bestehen zu lassen, und dann weiter der Firma erklärt: „Ja, meine Herren, wir haben immer Verständnis für die augenblickliche Lage der Industrie gehabt und müssen einmal zu einem und gebnabau kommen.“ Das war so ganz nach dem Geschmack des Hr. Krupp und veranlaßte den Vetter der Verhandlung, Geheimrat zu sein, zu sagen: „Ich freue mich, seitst du können, daß die Arbeiterat mehr politisch-sächsisches Verständnis haben als die Gewerkschaftsführer.“ Wett's auch Kollegen! Auch ich sage: „Wett's auch, Kollegen! Besonders ihr Hirsch-Dunderschen!“ Der erste Teil ist vollständig entstellt, der zweite jedoch richtig wiedergegeben, und der Vetter des Wirtschaftsreichs bemerkte, daß ihm der Schuh nichts, daß der Schuh gesessen hat. Ich will jetzt meinerseits den Herrn schützen, weil ich selbst die Ausführungen gemacht habe, und welcher Form: Der Vertreter der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften steht in der Verhandlung Ausführungen, die wie die Faust auf die Faust machen: „Meine Herren, wir wissen, daß die gegenwärtige äußere und innenpolitische Lage das Wirtschaftsleben schwer in Mitleidenschaft zieht und einen wirtschaftlichen Aufstieg hemmt. Wir wissen auch, daß es im volkswirtschaftlichen Interesse liegt, zu einer Heraushebung der Preise zu kommen, und daß wir auf die Dauer auch einen Lohnabbau herantreten müssen, aber der Augenblick dazu sei noch lange nicht gekommen.“ An einen Lohnabbau könne erst dann gedacht werden und der Lohn müsse so lange auf derselben Höhe bleiben, bis der Haushalt der Arbeiter wenigstens wieder auf den Stand von 1914 gebracht sei. Die Arbeiter hätten während und nach dem Kriege ungeheure Opfer und Entbehrungen erduldet und sich jetzt einmal fast essen können. Die Industrie bagegen habe während des Krieges ungemeine Gewinne eingeholt. Das erste Jahr nach dem Kriege habe der Industrie Verluste gebracht, das wollen wir nicht zugeben, aber schon das lebte Jahr habe nicht nur die Verluste ausgeschlossen, sondern darüber hinaus wieder gewaltige Gewinne gebracht. Jetzt sei die Zeit gekommen, wo die Arbeiter mit Recht von der Justiz Opfer verlangen, denn die Arbeiter hätten Opfer gebracht, und ich halb sei an einem Lohnabbau noch gar nicht zu denken.“ Weil nun gerade am nächsten Tage eine Vertreternäherung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes stattfinden sollte, erbat ich noch einige Tage Aufschub, weil ich unseren Vertrauensleuten die Schläge unterbreiten sollte. Dem wurde zugestimmt. Am nächsten Tage erhielt ich den Vertrauensleuten Bericht. Um nun nicht den durch die Christen und Katholiken verursachten Schaden durch eine farblose Zeit noch größer werden zu lassen, kamen die Vertrauensleute trotz schwerer Bedenken zum Einschluß, mindestens auch ihrerseits den Streiktag der Firma einzunehmen. So sieht der Umsatz der Vertrauensleute aus. Kollegen, noch darüber nach und merkt's euch! Nur noch einige Worte darüber, wie das Verhältnis der Stärke der Hirsche und ihrem Mundwerk aussieht. Im Arbeiterat von 30 Mitgliedern kein Hirsch. Unter den 30 Betriebsvertretern 1 Hirsch. Der Vertreter der Hirsch-Dunderschen Organisation spielt bei den Verhandlungen eine eigenartige Rolle, weil er ein Vertreter ist, der hinter sich nur ein ganz geringes Häuflein Mitglieder hat, das prozentual gar nicht in Betracht kommt. Dieser Zustand möchte er etwas besser und dazu ist ihm anzusehen, das Mittel recht.

Fürstenwalde (Spree). Am Mittwoch, den 25. Mai hat, mit Wirkung vom Montag, den 30. Mai 1921 ab, die Lohnbewegung der Metallarbeiter nach reichlich 6 Wochen schwerem Kampf ihren Abschluß gefunden. Die Unternehmer, an deren Seite die allgewaltigen Herren als realistisch bekannte Firma J. Pintsch, A. G., standen, können aus den nachfolgend näher bezeichneten Bedingungen, unter welchen gründlich gekämpft, die Arbeit wieder aufzunehmen, mit Stolz auf den Ausgang des Kampfes blicken. Hoffentlich frohlocken die Herren nicht zu früh, und sie werden zu früh oder umsonst frohlocken, wenn die geschlagene Arbeiterschaft aus der Niederlage die notwendige Schlussfolgerung zieht, das heißt den Kopf nicht hängen läßt und keinen Jugendlich vergibt, daß es jetzt darauf ankommt, den geplanten Schlag der Unternehmer gegen die Organisation dadurch abzumachen, indem sie in Zukunft noch fester zu derselben steht als vor und während der Bewegung. Der verlorenen Streit in Urkunde und Wirkung vergrößert und, etwas näher auf denselben eingehen. Die festgelebten Gruppenlöne sind so niedrig gehalten, daß von einem Ausgleich zwischen Geld- und Stücklohn in Fürstenwalde noch weniger gesprochen werden konnte als in anderen Orten mit den gleichen Leuerungsabschlüssen. Der Betriebs hierfür erübrigte sich, wenn feststeht, daß zum Beispiel die bestbegabten Arbeiter laut Tarif in Alsfeld 10 Stunden 4,60 M. zu beanspruchen hatten. Von den Verdiensten der Arbeiterin über 18 Jahren und denen der jugendlichen Arbeiter wären wie im Hinblick auf ihre Ungültigkeit keine Rücksicht nehmen; ebenfalls ist es begreiflich, daß die Arbeiterschaft der Metallindustrie älteren versucht, durch Ausschließung von Lohnforderungen und Eintreten für dieselben ihre Verdienstmöglichkeit besser zu gestalten. Unter anderem gelang es im November 1920, durch einen Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses Frankfurt a. O. zu den Tariflönen einen Leuerungsabschlag in Höhe von 50 M. für Verhältnisse und denselben Gleitzeitraum, 20 M. für Bediengänge über 18 Jahre und 10 M. für Arbeiter unter 18 Jahren zu erlangen. Im Hinblick auf die schlechten wirtschaftlichen Voraussetzungen, die man nun einmal bei einem örtlichen wirtschaftlichen Kampf nicht außer acht lassen darf, so sich damals die Arbeiterschaft mit dem sogenannten Erfolg zu rütteln. Getrieben aber durch die ehrliche Notwendigkeit wurden jedoch im Februar 1921 erneut Forderungen an die Unternehmer gestellt. Die geforderte Erhöhung der Stücktarife für erwachsene Arbeiter in Höhe von 1,50 bis 1,70 M. für Arbeiterin über 18 Jahre und 1,20 M. und für jugendliche Arbeiter von 1,15 bis 1,55 M. unter in Betracht der geltenden niedrigen Lohnsätze nicht als ausreichend bezeichnet werden, was letzten Endes auch durch die ausführliche Bezeichnung bestätigt wurde. Anders die Unternehmer. Sie nahmen von unserer Kündigung des Lohnakkords und von den eingetretenden Forderungen Kenntnis und stellten uns mit, daß sich Verhandlungen erübrigen, weil sie gar nicht daran dachten, einer Lohnherabsetzung zuzustimmen. Die Legitimation war die übliche: die Leuerungsabschlüsse haben sich nach der letzten Bevollmächtigungspunkten der Arbeiter erhoben. Der darauf angewiesene Schlichtungsausschuß hätte dann einen Schiedsspruch, nach welchem im Vertragstext und besetzten gleichzustellenden Arbeitern zu der Leuerungsabschlag von 50 M. 20 M. zugestrichen werden. Mit diesem Ergebnis beschäftigte sich eingehend eine Vertrauensmännerbefragung. Nach gründlicher Beurteilung des Für und Wider stellen sich die Vertrauensleute geschlossen auf den Standpunkt, daß trotz der schwierigen wirtschaftlichen Voraussetzung zur erfolgreichen Durchführung eines Kampfes der Schiedsspruch abgelehnt werden muß. Derselben Meinung war, die in einer Betriebsversammlung versammelte beteiligte Arbeiterschaft. Einstimmig wurde der Schiedsspruch abgelehnt; außerdem störte sich eine Dreiviertelmehrheit in gehöriger Abstimmung für die Arbeiterschaftserklärung. Bemerk sei noch, daß die Unternehmer erst jetzt gewillt waren, den Schiedsspruch anzunehmen, nachdem sie aber hörten, daß die Arbeiterschaft mit der geplanten Arbeitsniedrigung und damit, exaktieren die Herren sich bereit, falls nicht gestrichen werde, bei im Schiedsspruch festgelegten Ausfall zu zahlen. Geschlossen und damit, bestellt mit Kämpfesfreude, wurde die Arbeit niebergelegt. Schön in den seßten Tagen nach Ausbruch des Streiks machte sich ein Herr Müncke, Bezirksleiter der „Christlichen“, recht unangenehm bemerkbar. Was wir vor dem Ausbruch des Kampfes genügend erörtert hatten, gab er in einer Verfehlung den Streikenden zum Besten mit der Wirkung, daß er erständig nach Hause geschickt wurde. Späterhin hat sich derselbe Herr mit dem Geschäftsführer der Verwaltungsstelle dreifach und durch Beleidigungsartikel in Verbindung setzen wollen. Es ist ihm aber nicht geglaubt, trotzdem er einmal 5000 M. Belohnung ausgesetzt hatte (dieselben wollte er dem Streikende überweisen), wenn unser Geschäftsführer den Nachweis erbringt, daß er im Falle eines Zeitungsartikels tatsächlich gelogen hat. Ja, die Christen liegen nicht, deshalb haben wir auf die 5000 M. verzichtet. Überhings werden die Christen neben den Unternehmern gestrichen auf den Ausgang des Kampfes, eine gewisse Schadenfreude empfinden. Beide sind die besten Kollegen gemacht worden; trotzdem nach den getroffenen Vereinbarungen Wahrregelungen nicht stattfinden sollten. Die Früchte hieron werden sich bald zeigen. Es ist wie immer: das brutale und läugnerische Vorgehen der Unternehmer wird in seiner Spur gegen die Unternehmer setzen. Arbeit, die ein Menschenalter ihre Knochen dem Unterschuh verkaufen kann,

und einsach, weil sie nicht mehr genügend ausgebeutet werden können, auf Strafenstrafe gelegt werden. Hoffentlich sieht daraus auch der dummieste Arbeiter, daß es einfach Unsinn ist, wenn man dem Glauben huldigt, daß die heutige Gesellschaftsform sich förmlich auswirken kann. Arbeit, erkennt dies und handelt entsprechend. Gewerkschaften, schaut um auch, sieht auch alle Kämpfe, die örtlich geführt werden, etwas näher an, stellt sie in Parallele mit dem Ausgang unseres Kampfes, dann werdet ihr die richtige Lehre aus dem Ausgang unseres Kampfes ziehen können. Gest ist die Ausbeutergesellschaft im Sattel, so daß man sie nicht durch örtliche Kämpfe um ein paar wenige Lohnschröder erhöhen in ihrer Macht bestreiten kann. Gest ist die Gewerkschaft in ihrer Organisation und stellt sie ein auf den einheitlichen und gefestigten Kämpf gegen die Ursache der Verselbständigung der Arbeiterschaft, gegen die jetzt schwelende, und waltende kapitalistische Wirtschaftsform. Gest dann, wenn ich das begreife und in die Tat umsetzt, werden die Auswirkungen des Kämpfes die sein, die ihr gebraucht: das Recht auf Leben und damit ein Recht auf Arbeit.

Kaiserslautern. Unterm 18. Juni 1921 ging der Direktion des Eisenwerks Kaiserslautern nach einer vorhergehenden telefonischen Unterredung mit dem Herrn Prokuristen folgende Abchrift von dem Sekretär Vorw. des Christlichen Metallarbeiterverbandes zu:

Kaiserslautern, den 18. Juni 1921.
An die Direktion des Eisenwerks, s. h. d. Herrn Direktor Krüger.

Bezugnehmend auf die telefonische Unterredung mit Ihrem Herrn Prokuristen, wobei ich gebeten werde, meine Bezeichnung kirchlich einzurichten, diene Ihnen folgendes zur Kenntnis:

Gest längerer Zeit wird von Seiten des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes respektive deren Mitgliedern eine gewaltige Agitation gegen die Mitglieder des Christlichen Metallarbeiterverbandes aufgenommen. Gest zwei Tagen hat sie eine solche Stärke erreicht, daß ich mich gezwungen fühle, öffentlich, und zwar mit allen mit mir verbündeten Mitteln vorzugehen. Besonders auf dem Eisenwerk, Abteilung Blecherei und Brüderbau, sind es folgende Personen, die sich in hervorragender Weise beteiligen: Schwen, Eduard, Christmann, Philipp, Lazarus, Walt. Diese Herren bestreiten unsere Mitglieder: Venzler, Peter, Lenhart, Nikolaus, Coersfeld, Heinrich, Waldbau, Eb., Huber, Johann und noch mehrere andere tagtäglich und zwangen dieselben unter allerlei Mitteln zum Übertreten in den Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Unserer Vertreter auf dem Eisenwerk Kaiserslautern ist es bereits unmöglich, in die betreffende Abteilung hinzugehen, weil er offiziell belästigt und beleidigt wird. Das alles geschieht während der Arbeitszeit und unter Kenntnis des Betriebsobmanns Hammel, welcher nach dem Betriebsrätegesetz die Koalitionsfreiheit aller zu schützen hat.

Ich bitte den Herrn Direktor, zuerst die Arbeiter Kaiserslautern und Lenhart, Theodor zu vernehmen, welche bereits sind, diese Angaben zu vertheidigen. Ich verlange von der Direktion, daß jedem Arbeiter die Koalitionsfreiheit gesichert und jeder, der dagegen vorsteht, bestraft wird. Ich persönlich behalte mir jede Rechte vor und werde dieselben der Staatsanwaltschaft übergeben.

Ihre sehr geschätzte Antwort entgegensehend, zeichnet ergeben:

Christlichen Metallarbeiterverband, J. V.: Vorw. Es hieße einem solchen Schriftsteller Ehre antun, einen Kommentar anzuhängen. Herr Vorw. Arbeiterssekretär des Christlichen Metallarbeiterverbandes, ruft in seiner Sache an, die die Rückenliebe als vornehmstes Gebot betrachtet. Auch daß Verhalten bei Herrn Direktor Krüger und seinem Mitarbeiter ist, was alles andere, nur nicht kirchlich zu nennen. Se betonte dort, daß die Schuld an den möglichen Zuständen, wie sie augenblicklich überall herrschen, nur denen zuzuschreiben sei, die die Waffen draußen an der Front fortgeworfen hätten. Unschuld hat diesem Christen das Morden noch nicht lange genug gedauert, was auch weiter nicht verwunderlich ist, da die Firma während des Krieges gut beschäftigt war und auch zu denen gehört, die aus dem Blute des Kriegsopfers Geld gemünzt haben. — Die Lebensverhältnisse sind nach statistischen Erhebungen nebens. Eisen und Stahlbau die teuersten in ganz Deutschland, da Kreuznach Kortum und seine ganze Wirtschaftsführung darauf angezähmt ist. Den Kollegen, die vielleicht gefesselt waren, habe ich verlangt, ihre Papiere, die wurden verweigert. Einem Kollegen wurde gesagt, als er seine Papiere verlangte: Mensch, Sie sind doch katholisch, Sie dürfen doch nicht streiken. Die ganze Betriebsleitung ist sehr kirchlich gesonnen und gehört einer Seite an, die die Rückenliebe als vornehmstes Gebot betrachtet. Auch daß Verhalten bei Herrn Direktor Krüger und seinem Mitarbeiter ist, was alles andere, nur nicht kirchlich zu nennen. Se betonte dort, daß die Schuld an den möglichen Zuständen, wie sie augenblicklich überall herrschen, nur denen zuzuschreiben sei, die die Waffen draußen an der Front fortgeworfen hätten. Unschuld hat diesem Christen das Morden noch nicht lange genug gedauert, was auch weiter nicht verwunderlich ist, da die Firma während des Krieges gut beschäftigt war und auch zu denen gehört, die aus dem Blute des Kriegsopfers Geld gemünzt haben. — Die Lebensverhältnisse sind nach statistischen Erhebungen nebens. Eisen und Stahlbau die teuersten in ganz Deutschland, da Kreuznach Kortum und seine ganze Wirtschaftsführung darauf angezähmt ist. Den Kollegen, die vielleicht gefesselt waren, habe ich verlangt, ihre Papiere, die wurden verweigert. Einem Kollegen wurde gesagt, als er seine Papiere verlangte: Mensch, Sie sind doch katholisch, Sie dürfen doch nicht streiken. Die ganze Betriebsleitung ist sehr kirchlich gesonnen und gehört einer Seite an, die die Rückenliebe als vornehmstes Gebot betrachtet. Auch daß Verhalten bei Herrn Direktor Krüger und seinem Mitarbeiter ist, was alles andere, nur nicht kirchlich zu nennen. Se betonte dort, daß die Schuld an den möglichen Zuständen, wie sie augenblicklich überall herrschen, nur denen zuzuschreiben sei, die die Waffen draußen an der Front fortgeworfen hätten. Unschuld hat diesem Christen das Morden noch nicht lange genug gedauert, was auch weiter nicht verwunderlich ist, da die Firma während des Krieges gut beschäftigt war und auch zu denen gehört, die aus dem Blute des Kriegsopfers Geld gemünzt haben. — Die Lebensverhältnisse sind nach statistischen Erhebungen nebens. Eisen und Stahlbau die teuersten in ganz Deutschland, da Kreuznach Kortum und seine ganze Wirtschaftsführung darauf angezähmt ist. Den Kollegen, die vielleicht gefesselt waren, habe ich verlangt, ihre Papiere, die wurden verweigert. Einem Kollegen wurde gesagt, als er seine Papiere verlangte: Mensch, Sie sind doch katholisch, Sie dürfen doch nicht streiken. Die ganze Betriebsleitung ist sehr kirchlich gesonnen und gehört einer Seite an, die die Rückenliebe als vornehmstes Gebot betrachtet. Auch daß Verhalten bei Herrn Direktor Krüger und seinem Mitarbeiter ist, was alles andere, nur nicht kirchlich zu nennen. Se betonte dort, daß die Schuld an den möglichen Zuständen, wie sie augenblicklich überall herrschen, nur denen zuzuschreiben sei, die die Waffen draußen an der Front fortgeworfen hätten. Unschuld hat diesem Christen das Morden noch nicht lange genug gedauert, was auch weiter nicht verwunderlich ist, da die Firma während des Krieges gut beschäftigt war und auch zu denen gehört, die aus dem Blute des Kriegsopfers Geld gemünzt haben. — Die Lebensverhältnisse sind nach statistischen Erhebungen nebens. Eisen und Stahlbau die teuersten in ganz Deutschland, da Kreuznach Kortum und seine ganze Wirtschaftsführung darauf angezähmt ist. Den Kollegen, die vielleicht gefesselt waren, habe ich verlangt, ihre Papiere, die wurden verweigert. Einem Kollegen wurde gesagt, als er seine Papiere verlangte: Mensch, Sie sind doch katholisch, Sie dürfen doch nicht streiken. Die ganze Betriebsleitung ist sehr kirchlich gesonnen und gehört einer Seite an, die die Rückenliebe als vornehmstes Gebot betrachtet. Auch daß Verhalten bei Herrn Direktor Krüger und seinem Mitarbeiter ist, was alles andere, nur nicht kirchlich zu nennen. Se betonte dort, daß die Schuld an den möglichen Zuständen, wie sie augenblicklich überall herrschen, nur denen zuzuschreiben sei, die die Waffen draußen an der Front fortgeworfen hätten. Unschuld hat diesem Christen das Morden noch nicht lange genug gedauert, was auch weiter nicht verwunderlich ist, da die Firma während des Krieges gut beschäftigt war und auch zu denen gehört, die aus dem Blute des Kriegsopfers Geld gemünzt haben. — Die Lebensverhältnisse sind nach statistischen Erhebungen nebens. Eisen und Stahlbau die teuersten in ganz Deutschland, da Kreuznach Kortum und seine ganze Wirtschaftsführung darauf angezähmt ist. Den Kollegen, die vielleicht gefesselt waren, habe ich verlangt, ihre Papiere, die wurden verweigert. Einem Kollegen wurde gesagt, als er seine Papiere verlangte: Mensch, Sie sind doch katholisch, Sie dürfen doch nicht streiken. Die ganze Betriebsleitung ist sehr kirchlich gesonnen und gehört einer Seite an, die die Rückenliebe als vornehmstes Gebot betrachtet. Auch daß Verhalten bei Herrn Direktor Krüger und seinem Mitarbeiter ist, was alles andere, nur nicht kirchlich zu nennen. Se betonte dort, daß die Schuld an den möglichen Zuständen, wie sie augenblicklich überall herrschen, nur denen zuzuschreiben sei, die die Waffen draußen an der Front fortgeworfen hätten. Unschuld hat diesem Christen das Morden noch nicht lange genug gedauert, was auch weiter nicht verwunderlich ist, da die Firma während des Krieges gut beschäftigt war und auch zu denen gehört, die aus dem Blute des Kriegsopfers Geld gemünzt haben. — Die Lebensverhältnisse sind nach statistischen Erhebungen nebens. Eisen und Stahlbau die teuersten in ganz Deutschland, da Kreuznach Kortum und seine ganze Wirtschaftsführung darauf angezähmt ist. Den Kollegen, die vielleicht gefesselt waren, habe ich verlangt, ihre Papiere, die wurden verweigert. Einem Kollegen wurde gesagt, als er seine Papiere verlangte: Mensch, Sie sind doch katholisch, Sie dürfen doch nicht streiken. Die ganze Betriebsleitung ist sehr kirchlich gesonnen und gehört einer Seite an, die die Rückenliebe als vornehmstes Gebot betrachtet. Auch daß Verhalten bei Herrn Direktor Krüger und seinem Mitarbeiter ist, was alles andere, nur nicht kirchlich zu nennen. Se betonte dort, daß die Schuld an den möglichen Zuständen, wie sie augenblicklich überall herrschen, nur denen zuzuschreiben sei, die die Waffen draußen an der Front fortgeworfen hätten. Unschuld hat diesem Christen das Morden noch nicht lange genug gedauert, was auch weiter nicht verwunderlich ist, da die Firma während des Krieges gut beschäftigt war und auch zu denen gehört, die aus dem Blute des Kriegsopfers Geld gemünzt haben. — Die Lebensverhältnisse sind nach statistischen Erhebungen nebens. Eisen und Stahlbau die teuersten in ganz Deutschland, da Kreuznach Kortum und seine ganze Wirtschaftsführung darauf angezähmt ist. Den Kollegen, die vielleicht gefesselt waren, habe ich verlangt, ihre Papiere, die wurden verweigert. Einem Kollegen wurde gesagt, als er seine Papiere verlangte: Mensch, Sie sind doch katholisch, Sie dürfen doch nicht streiken. Die ganze Betriebsleitung ist sehr kirchlich gesonnen und gehört einer Seite an, die die Rückenliebe als vornehmstes Gebot betrachtet. Auch daß Verhalten bei Herrn Direktor Krüger und seinem Mitarbeiter ist, was alles andere, nur nicht kirchlich zu nennen. Se betonte dort, daß die Schuld an den möglichen Zuständen, wie sie augenblicklich überall herrschen, nur denen zuzuschreiben sei, die die Waffen draußen an der Front fortgeworfen hätten. Unschuld hat diesem Christen das Morden noch nicht lange genug gedauert, was auch weiter nicht verwunderlich ist, da die Firma während des Krieges gut beschäftigt war und auch zu denen gehört, die aus dem Blute des Kriegsopfers Geld gemünzt haben. — Die Lebensverhältnisse sind nach statistischen Erhebungen nebens. Eisen und Stahlbau die teuersten in ganz Deutschland, da Kreuznach Kortum und seine ganze Wirtschaftsführung darauf angezähmt ist. Den Kollegen, die vielleicht gefesselt waren, habe ich verlangt, ihre Papiere, die wurden verweigert. Einem Kollegen wurde gesagt, als er seine Papiere verlangte: Mensch, Sie sind doch katholisch, Sie dürfen doch nicht streiken. Die ganze Betriebsleitung ist sehr kirchlich gesonnen und gehört einer Seite an, die die Rückenliebe als vornehmstes Gebot betrachtet. Auch daß Verhalten bei Herrn Direktor Krüger und seinem Mitarbeiter ist, was alles andere, nur nicht kirchlich zu nennen. Se betonte dort, daß die Schuld an den möglichen Zuständen, wie sie augenblicklich überall herrschen, nur denen zuzuschreiben sei, die die Waffen draußen an der Front fortgeworfen hätten. Unschuld hat diesem Christen das Morden noch nicht lange genug gedauert, was auch weiter nicht verwunderlich ist, da die Firma während des Krieges gut beschäftigt war und auch zu denen gehört, die aus dem Blute des Kriegsopfers Geld gemünzt haben. — Die Lebensverhältnisse sind nach statistischen Erhebungen nebens. Eisen und Stahlbau die teuersten in ganz Deutschland, da Kreuznach Kortum und seine ganze Wirtschaftsführung darauf angezähmt ist. Den Kollegen, die vielleicht gefesselt waren, habe ich verlangt, ihre Papiere, die wurden verweigert. Einem Kollegen wurde gesagt, als er seine Papiere verlangte: Mensch, Sie sind doch katholisch, Sie dürfen doch nicht streiken. Die ganze Betriebsleitung ist sehr kirchlich gesonnen und gehört einer Seite an, die die Rückenliebe als vornehmstes Gebot betrachtet. Auch daß Verhalten bei Herrn Direktor Krüger und seinem Mitarbeiter ist, was alles andere, nur nicht kirchlich zu nennen. Se betonte dort, daß die Schuld an den möglichen Zuständen, wie sie augenblicklich überall herrschen, nur denen zuzuschreiben sei, die die Waffen draußen an der Front fortgeworfen hätten. Unschuld hat diesem Christen das Morden noch nicht lange genug gedauert, was auch weiter nicht verwunderlich ist, da die Firma während des Krieges gut beschäftigt war und auch zu denen gehört, die aus dem Blute des Kriegsopfers Geld gemünzt haben. — Die Lebensverhältnisse sind nach statistischen Erhebungen nebens. Eisen und Stahlbau die teuersten in ganz Deutschland, da Kreuznach Kortum und seine ganze Wirtschaftsführung darauf angezähmt ist. Den Kollegen, die vielleicht gefesselt waren, habe ich verlangt, ihre Papiere, die wurden verweigert. Einem Kollegen wurde gesagt, als er seine Papiere verlangte: Mensch, Sie sind doch katholisch, Sie dürfen doch nicht streiken. Die ganze Betriebsleitung ist sehr kirchlich gesonnen und gehört einer Seite an, die die Rückenliebe als vornehmstes Gebot betrachtet. Auch daß Verhalten bei Herrn Direktor Krüger und seinem Mitarbeiter ist, was alles andere, nur nicht kirchlich zu nennen. Se betonte dort, daß die Schuld an den möglichen Zuständen, wie sie augenblicklich überall herrschen, nur denen zuzuschreiben sei, die die Waffen draußen an der Front fortgeworfen hätten. Unschuld hat diesem Christen das Morden noch nicht lange genug gedauert, was auch weiter nicht verwunderlich ist, da die Firma während des Krieges gut beschäftigt war und auch zu denen gehört, die aus dem Blute des Kriegsopfers Geld gemünzt haben. — Die Lebensverhältnisse sind nach statistischen Erhebungen nebens. Eisen und Stahlbau die teuersten in ganz Deutschland, da Kreuznach Kortum und seine ganze Wirtschaftsführung darauf angezähmt ist. Den Kollegen, die vielleicht gefesselt waren, habe ich verlangt, ihre Papiere, die wurden verweigert. Einem Kollegen wurde gesagt, als er seine Papiere verlangte: Mensch, Sie sind doch katholisch, Sie dürfen doch nicht streiken. Die ganze Betriebsleitung ist sehr kirchlich gesonnen und gehört einer Seite an, die die Rückenliebe als vornehmstes Gebot betrachtet. Auch daß Verhalten bei Herrn Direktor Krüger und seinem Mitarbeiter ist, was alles andere, nur nicht kirchlich zu nennen. Se betonte dort, daß die Schuld an den möglichen Zuständen, wie sie augenblicklich überall herrschen, nur denen zuzuschreiben sei, die die Waffen draußen an der Front fortgeworfen hätten. Unschuld hat diesem Christen das Morden noch nicht lange genug gedauert, was auch weiter nicht verwunderlich ist, da die Firma während des Krieges gut beschäftigt war und auch zu denen gehört, die aus dem Blute des Kriegsopfers Geld gemünzt haben. — Die Lebensverhältnisse sind nach statistischen Erhebungen nebens. Eisen und Stahlbau die teuersten in ganz Deutschland, da Kreuznach Kortum und seine ganze Wirtschaftsführung darauf angezähmt ist. Den Kollegen, die vielleicht gefesselt waren, habe ich verlangt, ihre Papiere, die wurden verweigert. Einem Kollegen wurde gesagt, als er seine Papiere verlangte: Mensch, Sie sind doch katholisch, Sie dürfen doch nicht streiken. Die ganze Betriebsleitung ist sehr kirchlich gesonnen und gehört einer Seite an, die die Rückenliebe als vornehmstes Gebot betrachtet. Auch daß Verhalten bei Herrn Direktor Krüger und seinem Mitarbeiter ist, was alles andere, nur nicht kirchlich zu nennen. Se betonte dort, daß die Schuld an den möglichen Zuständen, wie sie augenblicklich überall herrschen, nur denen zuzuschreiben sei, die die Waffen draußen an der Front fortgeworfen hätten. Unschuld hat diesem Christen das Morden noch nicht lange genug gedauert, was auch weiter nicht verwunderlich ist, da die Firma während des Krieges gut beschäftigt war und auch zu denen gehört, die aus dem Blute des Kriegsopfers Geld gemünzt haben. — Die Lebensverhältn

